

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

**Abonnementspreis** 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die liebesgepaltene Kolonietexte oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telegraphische Adressen: **Altverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.**  
Druck u. Verlag von **Handmann & Co., Bochum, Biemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

## Ist das Knappschaftswesen in Nieder-Schlesien verbesserungsbedürftig?

Am 1. Januar 1908 trat im niederschlesischen Bergrevier das jetzt geltende Knappschaftsstatut in Kraft, von dem seitens der Werksbesitzer und den Gegnern des Bergarbeiterverbandes weisung war, daß es ungeheure Verbesserungen für die mehr als 80 000 Mitglieder des niederschlesischen Knappschaftsvereins bringen werde. Die niederschlesischen Bergleute verspüren nun mit bald drei Jahren den „Segen“ des neuen Statuts und stehen unmittelbar vor den Knappschaftswahlen, die am 13. Novbr. 1910 stattfinden sollen. Da wird es gewiß die niederschlesischen Bergleute interessieren, das Knappschaftswesen ein bisschen unter die Lupe zu nehmen, und noch einmal nachzuprüfen, was es mit dem Segen des neuen Statuts auf sich hat. Folglich werden wir zunächst die Leistungen der Pensionskasse vor und nach Inkrafttreten des neuen Statuts.

**Die Invalidenpension betrug:**

Bei einer Beitragszeit resp. Dienstjahre	nach dem alten Statut	nach dem neuen Statut
1	11,00	—
2	11,40	—
3	11,80	3,60
4	12,20	4,80
5	12,60	6,00
6	13,00	7,20
7	13,40	8,40
8	13,80	9,60
9	14,20	10,80
10	14,60	12,00
11	15,00	13,00
12	15,40	14,00
13	15,80	15,00
14	16,20	16,00
15	16,60	17,00
20	18,60	22,00
25	20,60	26,00
30	22,60	30,00

Aus dieser Tabelle geht ohne weiteres hervor, daß diejenigen Invaliden mit weniger als 15 Dienstjahren sehr erheblich geschädigt sind gegenüber den Leistungen des alten Statuts. Vor allen Dingen diejenigen Kameraden, die Unglück haben, in den ersten Jahren ihrer bergmännischen Tätigkeit Invaliden zu werden, sind ganz bedeutend geschädigt und ihre Zahl ist erschreckend hoch. Der Nachteil, der aus dieser Kürzung der Invalidenrente entsteht, wird bei weitem nicht aufgehoben durch die kümmerliche Erhöhung der Pensionen für diejenigen Kameraden, die mehr als 15 Jahre Dienstzeit hinter sich haben. Dieser große Nachteil springt um so mehr in die Augen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese angebliche Verbesserung der Pensionsverhältnisse erkauft werden mußte durch eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge von monatlich 1 Mk. unter dem alten Statut betragen die Pensionskassenbeiträge monatlich 1,50 Mk., unter dem neuen Statut monatlich 2,50 Mk. Die älteren Kameraden, die also wirklich nach langen, langen Dienstjahren einige Groschen höhere Pension bekommen, müssen als Jahressumme 180 Mk., in 20 Jahren 240 Mk. und in 30 Jahren 360 Mk. höhere Beiträge in die Pensionskasse leisten. Dabei trägt die durchschnittliche Dauer des Bezuges der Invalidenrente heute noch nicht einmal sieben Jahre. Das durchschnittliche Dienstalter beim Eintritt in die Invalidität beträgt nur zirka 22 Jahre. Das bisherige Segen für die verhältnismäßig geringe Anzahl von Invaliden mit langer Dienstzeit ist also sehr teuer erkauft. Im Jahre 1906 wurden im niederschlesischen Knappschaftsverein 227 Knappen invalidiert; davon waren im Alter von 41 bis 45 Jahren nur 21, von 30 bis 40 Dienstjahren nur 7 Invaliden, von 20 bis 30 Jahren Dienstzeit nur 27 Invaliden. Mehr als zwei Drittel aller Invaliden hatten also eine Dienstzeit von weniger als 15 Jahren. Durch das neue Statut wurden also weit mehr als die Hälfte der gesamten Invaliden geschädigt.

Dieselbe Schädigung sehen wir bei den Witwenpensionen. Stirbt der Mann in den ersten drei Dienstjahren, so bekommt die Witwe gar nichts, währenddem sie früher im ersten Jahre 50 Mk., im zweiten Jahre 4,85 Mk., im dritten Jahre 5,20 Mk. Witwenpension erhielt. Erst nach Ablauf von drei Dienstjahren bekommt die Witwe heute 2,40 Mk. Die Tausende von Bergleuten, die bei Inkrafttreten des neuen Statuts minderberechtigt waren, sind ohne Ausnahme geschädigt und bei ihren Witwen ist das erst recht der Fall. Von einem Segen kann daher in Bezug auf die Pensionskassenleistungen wahrhaftig keine Rede sein. Die Anträge des Bergarbeiterverbandes auf zeitgemäße Ausgestaltung der Pensionskassenleistungen wurden fast ausschließlich niedergestimmt, zumal die Mehrheit der Vorkämpfer und Sachverständigen waren, die unter der Fuchtel des öffentlichen Wahlrechts durchgepeitscht worden waren. Erst nach dem wichtigen Protest der durch den Bergarbeiterverband aufgerufenen Mitglieder wurden die Monatspensionen um einige Pfennige erhöht. Das Krankengeld wurde durch das neue Statut und zwar erst mit Wirkung vom 1. Januar 1910 ab auf 60 Proz. des Lohnes festgesetzt. Die Forderung des Bergarbeiterverbandes, das Krankengeld auf zwei Drittel des Lohnes zu erhöhen, wurde abgelehnt. Auch die Erhöhung des Krankengeldes auf 70 Prozent des Lohnes ist kein besonderer Segen, zumal wenn man bedenkt, daß auch die Beiträge ganz bedeutend in die Höhe gehoben wurden. Unter dem alten Statut betragen die Krankenkassenbeiträge 2 1/2 Prozent des verdienten Lohnes; unter dem neuen Statut wurden die Beiträge auf 4 Prozent des Lohnes festgesetzt. Die Wirkung der Beitragserhöhung zeigt sich am besten dadurch, daß in den ersten zwei Jahren seit Inkrafttreten des neuen Statuts neben 330 450 Mk., die zum Reservefond

abgeführt worden sind, am Jahreschluß 1909 ein Barüberchuß von 669 800 Mk. erzielt wurde. In zwei Jahren hat man also von den Krankenkassenbeiträgen fast eine Million Mark erübrigt, währenddem bei der früheren Beitragsleistung Einnahmen und Ausgaben sich stets ziemlich die Waage hielten. Angesichts so hoher Ueberschüsse darf man ruhig sagen, daß die Erhöhung des Krankengeldes auf zwei Drittel des Lohnes ohne Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Knappschaftskasse gewährt werden konnte.

In den Jahren 1908/09 wurden insgesamt 3 496 300 Mk. vereinnahmt, die Ausgabe betrug 2 571 912 Mk.; der Ueberschuß beträgt also die Summe von 924 448 Mk. Und da sage noch einer, daß die Krankenkasse bankrott werde, wenn das Krankengeld auf 66 2/3 Prozent erhöht würde.

Die schon früher erhobene Forderung des Bergarbeiterverbandes auf Erhöhung der Pensionen sowohl, als auch des Krankengeldes ist heute schon ohne Beitragserhöhung durchführbar. Um nur bei den Krankenverhältnissen zu bleiben, sei konstatiert, daß die Ausgaben für Ärzte, Apotheken und Kurkosten in den Jahren 1908 und 1909 fast so hoch waren, als die Ausgaben für Krankengeld.

An Krankengeld wurden verausgabt:

1908	535 191 Mk.
1909	533 683 „
zusammen also: 1 068 874 Mk.	

Für Kurkosten, Ärzte, Apotheken wurden verausgabt:

1908	449 627 Mk.
1909	472 461 „
zusammen also: 922 088 Mk.	

Man könnte angesichts dieser Gegenüberstellung fast zu der Annahme verleitet werden, daß die Krankenkasse weniger für die Kranken, als für die Ärzte und Apotheker vorhanden ist. Man beachte: 1909 wurden an Krankengeld 1527 Mk. weniger ausgezahlt, als im Jahre 1908, währenddem die Ausgaben für Ärzte, Apotheken um, trotz dieser Verminderung des Krankengeldes um 22 833 Mk. gestiegen sind. Man darf dabei auch nicht vergessen, daß speziell die Zahnärzte heute im niederschlesischen Knappschaftsverein die reinste Monopolstellung haben. Wenn wir gern zugeben wollen, daß in der Medizin und Chirurgie der nichtärztliche Helfende nicht an den erfahrenen Arzt heranreicht und man die Kranken immerhin davor bewahren soll, Ayrupfuchsen in die Hände zu fallen, so trifft das doch in der Zahnheilkunde nicht zu. Wir haben Tausende von erfahrenen Zahntechnikern, die den Zahnärzten kaum nachstehen. Die Krankenkassen lassen heute fast allgemein Zahntechniker zur Behandlung ihrer Mitglieder zu. Es erscheint daher unbegreiflich, warum man im niederschlesischen Knappschaftsverein knapp einem halben Dhd. Zahnärzten eine solche Monopolstellung einräumt und die Zahntechnikern planmäßig von der Praxis ausschließt. Verwunderlich ist auch die Monopolstellung der Apotheken. Im Jahre 1909 wurden allein für Kurmittel bei der Revierbehandlung an Apotheker verausgabt: 102 000 Mk. Eine so große sozialpolitische Institution wie der niederschlesische Knappschaftsverein könnte sich uneres Erachtens ganz auf von den Apothekern unabhängig machen, zumal die Apothekerpreise geradezu sprichwörtlich geworden sind.

Die Behandlung der Kassenmitglieder durch die Knappschaftsärzte ist leider nicht immer so, wie sie sein sollte. Einzelne Ärzte sind im Verkehr mit den Kassenmitgliedern geradezu abstoßend; man kann von den Bergleuten über dieses Kapitel oft die abspredchendsten Urteile hören. Die Gesinnungsriecherei, die im Knappschaftslazarett sich breit macht, ist ebenfalls zu verurteilen.

Eine unerwartete Erscheinung ist das streng durchgeführte Aufrechnungswesen des niederschlesischen Knappschaftsvereins gegenüber Unfallverletzten und deren Angehörigen. Das Gesetz gestattet allerdings den Kranken- und Pensionskassen die Aufrechnung der zur Auszahlung gelangenden Krankengelder, Pensionen und Sterbegelder, aber einen Zwang legt das Unfallversicherungsgesetz doch immerhin auch den Knappschaftsvereinen nicht auf. Bei der finanziellen Erstarkung des niederschlesischen Knappschaftsvereins hätte übrigens auch der Verzicht auf das Recht der Aufrechnung für die Kassenabrechnung keine ausschlaggebende Bedeutung. Dem von der Aufrechnung Betroffenen aber würde manche bittere Empfindung erspart.

Auch die heutige Entziehung der Invaliden- und Witwenpension bietet ein unerwartetes Bild. Es sind in Nieder-Schlesien Fälle bekannt geworden, wo auf Grund anonymem Denunziationen hochnotpeinliche Untersuchungen vorgenommen wurden mit dem Resultat, daß die Pension entzogen wurde. Darunter sind Fälle, wo der anonyme Denunziant ein Polizeibeamter war, der aus rein persönlicher Rachsucht sich zu diesem schmutzigen Geschäft hergab. Im allgemeinen pflegt man anonyme Denunziationen schon aus Reinlichkeitsgründen in den Papierkorb zu werfen. Und es sollte daher auch für den niederschlesischen Knappschaftsverein das Sprichwort gelten: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“. Wenn der Denunziant gar noch in seiner Feigheit sich hinter die Anonymität vertrieht, dann wäre ein Abriiden vor ihm noch dringender geboten. Statt dessen sehen wir heute vielfach, daß man den Denunzierten bei Untersuchungen und Verhandlungen mit der größten Animosität entgegentritt und sie von vornherein als Simulanten behandelt. Durch solche Vorkommnisse wird der Glaube an die Objektivität der Beamten des Knappschaftsvereins sowohl, als auch die der Ärzte und der Rechtsprechungsborgane gewiß nicht gehoben. Auch die Entziehung der Witwenpensionen wegen angeblicher Unfittlichkeit ist unjeres

Erachtens eine nicht zu rechtfertigende Härte. Der Begriff der Unfittlichkeit ist sehr dehnbar und wenn — wie es vorgekommen ist — den Witwen deshalb die Witwenpension entzogen wird, weil sie im Witwenstand geboren haben und dazu noch vor Leuten demunziert werden, die selbst im Konfubinat lebten, so mag der Vorstand des niederschlesischen Knappschaftsvereins wohl das formale Recht auf seiner Seite haben, ob aber die große Mehrheit der Mitglieder mit dieser Bewertung der Moral einverstanden ist, erscheint fraglich.

Rigoros ist häufig auch die Behandlung minderberechtigter Knappschaftsmitglieder zu bezeichnen. Durch Inkrafttreten des neuen Statuts gab es Tausende von Leuten, die monatlich 50 Pf. Zwangsbeiträge zahlen mußten und die nach dem neuen Statut völlig der Willkür des Vorstandes anheimgegeben sind. Es kamen in den letzten zwei Jahren viele Fälle vor, wo Leute, die jahrelang die Beiträge als minderberechtigtes Mitglied zahlten, nach Eintritt der Invaliddität keine Unterstützung bekamen. Noch schlimmer ergab es den Witwen solcher Minderberechtigten. Man macht da oft die Gewährung einer Unterstützung von durchaus zweifelhaften Auskünften über die Bedürftigkeit solcher Witwen abhängig, wobei noch hervorzuheben ist, daß die Beschwerden über erfolgte Abweisungen häufig sechs bis acht Monate unentschieden bleiben. Eine andere Regelung der Rechtsverhältnisse der Minderberechtigten und deren Angehörigen erscheint dringend geboten.

Es gibt nicht wenig Fälle, wo Minderberechtigte, nachdem sie mehrere Male den Krankendienst zu nehmen gezwungen waren, bei erneuter Krankmeldung kurzerhand als erwerbsunfähig entlassen wurden. Solche Leute suchen dann fast mittel- und hilflos da. Invalidenpension bekommen sie nicht, oder erst nach Monaten eine äußerst gering bemessene Unterstützung und arbeiten können sie ebenfalls nicht, weil sie auf dem Krankendienst als erwerbsunfähig oder als „nicht mehr Gegenstand ärztlicher Behandlung“ bezeichnet werden. Sie kommen auf keinem Vereinswerk mehr an; Reichsinvalidenrente bekommen sie oft gar nicht, und wenn sie sie bekommen, dann erst nach langem Bangen, Fangen und Hungern. Wir betrachten es nicht als nobel und einer sozialpolitischen Institution für angemessen, wenn man solche erwerbsunfähig werdenden minderberechtigten Mitglieder nach wenigen Wochen aus der ärztlichen Behandlung entläßt und ihnen damit den Bezug des Krankengeldes auf die Dauer von 26 Wochen abschneidet. Durch dieses Verfahren liefert man gerade die hilfsbedürftigsten Menschen dem Hunger und dem Elend aus. Das müßte anders werden; das widerspricht zweifellos dem Empfinden aller Knappschaftsmitglieder.

Reformerbedürftig ist also trotz des neuen Statuts unser ganzes Knappschaftswesen. Das was die niederschlesischen Kameraden haben, reicht entfernt nicht heran an die Leistungen anderer Knappschaftsvereine. Der niederschlesische Knappschaftsverein markiert mit seinen Leistungen für Kranke und Invalidenmitglieder ziemlich hinten nach, wie das ja auch in der Lohnpolitik unserer Werksbesitzer der Fall ist, die man am treffendsten als Hungerpolitik bezeichnen kann. In Nieder-Schlesien ist für den Bergmann weder in gesunden, noch in kranken Tagen hinreichend gesorgt. Daß das so ist, ist zum allergrößten Teil verschuldet durch die Verschlechterung und Uneinigkeit der niederschlesischen Bergarbeiterkraft. Von dem Geld der Werksbesitzer werden die „reichstreuen und vaterländischen“ Vereine gegründet und unterhalten. Hunderttausende kostet jährlich die Bekämpfung des Bergarbeiterverbandes und der modernen Arbeiterbewegung. Bei der Besoldung reichstreuer Ehrenmänner wird nach einigen Tausenden gar nicht gefragt. Man wirft Zehntausende jährlich hinaus, um durch die unentgeltliche Verabsorgung des „Feierabend“ die Arbeiterbewegung zu bejudeeln und zu verleumdern. Aber bei der Entlohnung der Bergleute ist von Freigebigkeit nichts zu merken und bei der Versorgung von kranken und invaliden Knappen noch viel weniger. Man pappelt mit Unternehmerjold Organisationen auf, die gegenüber der Arbeiterkraft zu d a s d i e n s t e leisten und diese Judasorganisationen waren auch am Werk, als es galt, unsere Knappschaftsverhältnisse zu verhunzen und eine Besserung zu vereiteln. An den Bergleuten des niederschlesischen Kohlenreviers wird es liegen, Wandel zu schaffen und das ist für die Zukunft nicht unmöglich. Am 13. November haben die niederschlesischen Bergleute zu entscheiden, ob sie eine Besserung der Knappschaftsverhältnisse haben wollen. Am 13. November können die niederschlesischen Knappschaftsmitglieder, soweit sie volljährig sind, wählen unter dem geheimen Wahlrecht. Wir erhoffen von der Einsicht der niederschlesischen Bergarbeiterschaft, daß sie wieder „reichstreue“, noch zentralistische Unternehmernachte wählt. Der 13. Nov. muß einen lindenlosen Sieg des Bergarbeiterverbandes bringen; dann wird auch das Knappschaftswesen den Werksbesitzern und ihren Kreaturen zum Trost so verbessert werden können, damit es wirklich ein Segen für die Bergarbeiter und deren Angehörige wird.

Die Knappschaftswahl hat nicht allein Bedeutung für die inneren Angelegenheiten des niederschlesischen Knappschaftsvereins, sie soll auch ein Menetekel sein gegenüber der rückwärtslenkenden Ausbeutung und der Lohnrückerei, die man über die niederschlesischen Bergarbeiter verhängt.

Zweieinhalb Millionen Mark wurden in den letzten 2 1/2 Jahren weniger an Lohn ausbezahlt, als dies nach dem Stand der Löhne im Jahre 1907 zu erwarten war. Um 2 1/2 Mill. Mark Lohn hat sich die Lebenshaltung der niederschlesischen Bergarbeiter verschlechtert, ohne daß man die Wirkung der durch den Schnaps-bleich-Schnapsblock verteuerten Lebensmittelpreise in Betracht zieht. Diese Scharte gilt es auszuweichen. Wären die niederschlesischen Knappen nicht durch die Kreaturen des Geld-



schon zerklüftet worden, dann wäre diese Lohnreduktion unmöglich gewesen. Die niederstehende Vergleute werden durch die bevorstehende Knappheitswahl bewiesen, daß heute kein Hund kein Stück Brot mehr aus reicheren Händen frisst. Der Wahlausgang wird die Einigkeit der Knappen dokumentieren und unter der Wirkung dieser Demonstration werden auch die Werksbesitzer ein Loch zurückstecken müssen. Darum gilt für die niederstehenden Vergleute heute die Parole: Wählt keinen Reichstreuen, wählt keinen Schwärzer! Wählt nur ehrenfeste und erprobte Güter der Bergarbeiterrechte! Wählt als Knappheitsälteste nur Mitglieder des deutschen Bergarbeiterverbandes! Drauf und dran, es gilt Brot zu erkämpfen in gesunden und frischen Tagen!

## 25 Jahre Unfallversicherung.

Am 1. Oktober d. J. waren 25 Jahre verflossen, seitdem das deutsche Unfallversicherungsgesetz in Kraft getreten ist. Die bürgerliche Presse feierte diesen Tag als Jubeltag; aller Welt wurde verkündet, daß in den vergangenen 25 Jahren mehr als 1800 Millionen Mark Entschädigung an unfallverletzte Arbeiter und ihre Angehörigen ausgezahlt wurden. Wir verneinen durchaus nicht, daß das Unfallversicherungsgesetz einen entscheidenden Fortschritt gegenüber dem früheren Haftpflichtgesetz bedeutete. Doch trifft das geflügelte Wort von der gefüllten Komposthaufen und, daß für den deutschen Arbeiter bis ins hohe Alter aufs Beste geforgt ist, nicht zu. Die Lobhudeleien der bürgerlichen Presse sind mehr als überschüssig; man vergißt aber anzuführen, daß nicht die Liebe zu den Arbeitern, sondern der Selbsterhaltungstrieb des Staates die Schaffung auch des Unfallversicherungsgesetzes veranlaßt hat. Beständen die sozialen Versicherungsgesetze nicht, dann würden heute besonders die Gemeinden in den Industriebezirken unter den Armenlasten zusammenbrechen. Das zeigen folgende Angaben: Zur Zeit bestehen auf Grund des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes 66 Berufsvereinigungen mit 677 904 Betrieben und 8534 151 Versicherten und 63 staatliche Ausführungsbehörden mit 563 189 Versicherten, für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung bestehen 48 Berufsvereinigungen mit 5 434 100 Betrieben und 17 179 000 Versicherten und 55 staatliche Ausführungsbehörden mit 246 796 Versicherten; auf Grund des Baunfallversicherungsgesetzes eine Berufsvereinerung mit 17 277 Betrieben und 306 276 Versicherten, 78 staatliche Ausführungsbehörden mit 51 599 Versicherten und 331 kommunale Ausführungsbehörden mit 109 917 Versicherten; nach den Bestimmungen des Seemannsversicherungsgesetzes sind gebildet eine Berufsvereinerung mit 1643 Betrieben und 77 345 Versicherten und 13 staatliche Ausführungsbehörden mit 850 Versicherten. Es unterliegen also zur Zeit zirka 27 Millionen Arbeiter der Unfallversicherung und zur Verwaltung der berufsgenossenschaftlichen Tätigkeit haben sich über ganz Deutschland 654 Verwaltungskorporationen gebildet. Die Verluste des Feldzuges 1870/71 mit 43 182 Toten und 116 821 Verwundeten haben, als sie bekannt wurden, großes Aufsehen erregt, sie sind aber eine Kleinigkeit gegenüber den Verlusten, die die deutsche Arbeiterschaft während der 25 Jahre Unfallversicherung zu versichern hat. Die letzten Rechnungsergebnisse, die das Reichsversicherungsamt veröffentlicht hat, beziehen sich auf das Kalenderjahr 1908, die genauen Zahlen liegen also erst für 23 1/4 Jahre vor. In dieser Zeit sind bei den Unfallversicherungskorporationen 8 745 905 Unfälle gemeldet worden. Diese Zahl kann aber keinen Anspruch machen auf Vollständigkeit, weil sehr viele Unfälle gar nicht gemeldet werden und folgedessen auch nicht mitgezählt werden können. Unter den 8 745 905 gemeldeten Unfällen befinden sich 163 267 mit tödlichem Ausgang und 42 430 mit dauernd völliger Erwerbsunfähigkeit. Die getöteten Unfallverletzten haben 107 915 Witwen, 220 426 Waisen und 6 555 unterstützungsberechtigte Eltern usw. hinterlassen. Entschädigt wurden von den gemeldeten Unfällen nur 2 001 996, also nicht einmal der vierte Teil. An Unfallentschädigungen wurden in den 23 1/4 Jahren 1 636 364 857 Mk. ausbezahlt, der Betrag wird unter Zugrunde-

legung der Zahlen des Jahres 1909 bis zum 1. Oktober 1910 die Summe von rund 1 Milliarde und 800 Millionen Mark ausmachen.

So gewaltig diese Summe erscheint, sieht sie doch zu der Unsumme von Not und Elend der auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallenen und ihrer Angehörigen in gar keinem Verhältnis. Die gezahlten Renten sind bei weitem nicht ausreichend; sie bedeuten vielfach nur einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Das Rentenfestsetzungsverfahren ist außerordentlich nachteilig für die Verletzten; pfennigweise muß vielfach die Rente in langwierigen Verfahren erkämpft werden. Welche Schwierigkeiten dabei auch vielfach selbst den Hinterbliebenen gemacht werden, zeigt besonders drastisch der Fall der Witwe Jusanic: Der Bergmann Jusanic aus Hiesfeld versuchte am 10. Mai 1909 im unterirdischen Betriebe der Zeche Oberhausen einen zirkel 150 Pfd. schweren Stein auf eine Mauer zu heben. Bei der hierbei nötigen gewaltigen Kraftanstrengung zog er sich eine innere Verletzung zu. Mit den Worten: „Da habe ich mir etwas gemacht“ ließ er den Stein plötzlich fallen und griff sich mit beiden Händen nach der innerlich verletzten Unterleibsgegend. Der Mann ist dann während der Fahrt ausgefahren, hat sich einen Krankschein genommen und wurde wenige Tage darauf, am 28. Mai, im Krankenhaus zu Sterbade operiert, woselbst er am Tage nach der Operation verstorben ist. Der Anspruch der Witwe wurde abgelehnt, trotzdem die Unfallkasse bei Ablehnung des Anspruchs aus ihren Akten schon mußte, daß der Unfall nach Aussagen einwandfreier Zeugen sich wirklich ereignet hatte, daß der verbleibende Arzt erklärt hatte, der Verstorbene hätte, wenn sich der Unfall nicht ereignet hätte, noch lange leben können und daß auf Grund des Obduktionsprotokolls der Oberarzt der Unfallkasse, Herr Professor Dr. Wölter, sein Gutachten dahin abgegeben hatte, die Arbeitsleistung des Mannes habe die Katastrophe wahrscheinlich herbeigeführt.

Also, trotzdem diese schwerwiegenden Beweise vorlagen und trotzdem für eine schon vor dem Unfall vorhandene Krankheit keinerlei Auslagen vorlagen, wurde der Anspruch der Witwe doch abgelehnt und zwar, weil ein — Angestellter der Unfallkasse der Meinung war, daß das „Aufstehen“ des Steines eine übermäßige Anstrengung darstelle, es könne nicht wahrscheinlich sein. Mit dem Bestande des Oberhausener Verbands-Rechtschutzbureaus, gelang es der Witwe, am Schiedsgericht die Unfallrente zu erkaufen. Gätte dasselbe der Witwe nicht tatkräftig zur Seite gestanden, wäre sie jedenfalls nicht zu ihrem Rechte gekommen.

Selbstverständlich wurde von der bürgerlichen Presse auch wieder betont, der kaiserlichen Botenschaft vom 7. November 1881 sei auch die Unfallversicherung zu danken. Diese Legende wird, so oft sie auch widerlegt ist, sogar den Schulkindern eingepaukt. In Wahrheit hat jedoch die Arbeiterklasse und sozialdemokratische Arbeiterpartei dazu gedrängt. Schon in der Reichstagsitzung vom 8. Mai 1871 verlangte Webel bei der Beratung des Haftpflichtgesetzes, daß der Staat klipp und klar den Rechtsanspruch anerkennen müsse:

„Jeder Unternehmer, der aus der fremden Arbeitskraft Gewinn zieht, ist auch verpflichtet, vollen Schadenersatz für die Beeinträchtigung der Arbeitskraft durch Unfälle zu gewähren.“

Dem gleichen Gedanken ist von sozialdemokratischer Seite wiederholt Ausdruck gegeben worden. 1878 verlangte ein sozialdemokratischer Antrag Gasenleber-Kappell (Drucksachen des Reichstags Nr. 128) die Ausdehnung der schärfsten Schadenshaftung der Eisenbahnen für Unfälle auf gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe.

Aber Bismarck wollte zu jener Zeit von solchen Vorschlägen nichts hören, sondern ließ sogar im Jahre 1877 in der offiziellen „Provinzialkorrespondenz“ erklären, man könne auf solche Vorschläge unmöglich eingehen.

„Wenn man nicht die durch die Sozialdemokratie ohnehin schon aufgestachelte Unmuthigung und Begehrlichkeit der Arbeiter noch weiter in bedenklichem Maße steigern wollte.“

Die kleine sozialdemokratische Fraktion ließ sich jedoch dadurch von der Verfolgung ihrer Idee nicht abbringen, sie brachte entsprechende Anträge ein und formulierte am 26. Februar 1879 durch den Mund Webels im Reichstag ihre Forderung dahin:

„Jeder Unternehmer soll für den vollen Schaden, der dem in seinem Betrieb Verunglückten zugefügt wird, haftend, und die Unter-

nehmer sollen von Staats wegen durch eine Reichsversicherungspflichtig gemacht werden, um dadurch beider den Erfolg seines anerkannten Anspruchs zu sichern gleich solle aber dadurch das Risiko auf breitere Schult und die Unfallversicherung gefördert werden.“

Am 8. März 1881 wurde der erste Entwurf des Versicherungsgesetzes vorgelegt. Er verlangte eine Versicherungsanstalt, Unfallversicherung vom 29. Tage Unfall ab und Deckung der Kosten durch Unternehmer, und durch einen Reichsausschuß.

Die Sozialdemokratie (Drucksache 120, Session Reichstags) verlangte bei der Beratung Fürsorge für Arbeiter, Erfassung des vollen Arbeitsverdienstes sowie eine Vertretung. Im Reichstage beklagte der Freikorv. Kardorff bereits bei der Staatsberatung am 25. Febr. v. J. die Bismarck habe durch diese Vorlage die Sozialbe übertrieben. Demgegenüber führte Webel unter anderem:

„Ich weiß nicht, was für Begriffe Herr v. Kardorff Absichten der Sozialdemokratie und ihren Bestrebungen. Kann nur sagen, daß, wenn sie auch im allgemeinen da billigen, auf dem das Unfallversicherungsgesetz beruht, wir Ausführungsbestimmungen sehr, sehr wenig genügend.“

In ähnlicher Weise wie v. Kardorff schrieb der f. Abgeordnete Wamberger der Sozialdemokratie die Vater Versicherungsgedanken zu. Er führte aus (Seite 679 1881, Stenographischer Bericht):

„Materiell ebenso wie formal steht der heutige Entwurf auf dem Boden des Sozialismus: er bekennet sich in seiner ausdrücklich dazu... Wie sehr die gegenwärtige Theorie feilung bereits dem Inhalt des Sozialismus nahe wird Ihnen nach mir wahrscheinlich ein anderer Redner illustrieren, nämlich der Herr Abgeordnete Webel. Herr Webel 1878 bei Gelegenheit gerade des Vorschlags, die Versicherungsgesetzgebung zu verbessern, eine Rede gehalten in der er genau die Grundzüge desjenigen Gesetzes, das Ihnen heute vorliegt. Ich will Herrn Webel nicht gütigsten berathen, die Stelle wörtlich vorzulesen, in der Dekonomie des Gesetzes auch seiner Ausführung nach enthalten das kann ich sagen, nachdem ich die Rede heute morgen gelesen habe, ist mir der Gedanke gekommen, ich weiß nicht Herr Webel nicht Vortragender Rat der Volkswirtschaftlichen Kommission in der Reichsregierung ist...“

Das hoffe ich von der Mehrheit des Hauses, sie beiden sozialistischen Elemente, welche darin bestehen, daß zu einer allgemeinen Armenversorgungsanstalt gemacht Finanzkraft des Reiches zu diesem Zwecke herangezogen wird die hohe Versammlung diese Propositionen ablehnt.“

Webel äußerte am 4. April 1881 dem Reichskanzler über:

„... daß er bei uns für keinen Entwurf bis zu einem Grade eine Unterstützung findet, die ihm selbst in diesem so unangenehm sein dürfte, um so mehr, meine Herrre Verteidigung, die der Herr Reichskanzler am Sonnabend eigenen Entwurf hat zuteil werden lassen, keineswegs zugehende war. Er bedarf dringend einer Unterstützung von Seite, und wir wollen ihm diese, soweit es uns möglich ist, seitens angebeihen lassen. Ja, meine Herren, wir wollen Ihnen sogar nach beiden Kräften helfen, die positiven Beiträge zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch diesen Gesetz erreicht werden sollen, zu fördern, damit sie zu einem großen Ziele kommen.“

Bekanntlich wurde der Entwurf vom 8. März 1881 geistige Urheberschaft von Kardorff und Wamberger der demokraten, besonders Webel, zugeschrieben wurde, nicht Er wurde in veränderter Gestalt, nach Verwerfung der Zuschüsse und Erziehung der Reichsversicherungsanstalt Landesversicherungsämter, vom Bundesrat abgelehnt dem 8. Mai 1882 wurde dem Reichstag ein zweiter vorgelegt, der jedoch nicht zur Verabschiedung gelangte, wurde ein dritter verschlechterter Entwurf am 6. März eingebracht, am 27. Juni desselben Jahres angenommen bald darauf mit Gesetzeskraft vom 1. Oktober 1885 p

So bietet die Geschichte der Entstehung unserer Sozialversicherung, die schon so oft und auch diesmal wieder ganz als ein Werk des sozialen Königtums gefeiert wurde, ei-

## Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens.

Bericht von M. Smillie und H. Onions über die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1910.

Wir besuchten die Zeche Blumenthal bei Medlinghausen, gerade als der Schichtwechsel stattfand. Wir sahen uns die Badeeinrichtungen für die Arbeiter an, Einrichtungen, die jetzt in den meisten Teilen Deutschlands anzutreffen sind, überall dort, wo die Bergarbeiterorganisation stark genug ist, um ihre Einführung zu erzwingen. Die Bademethode ist die der Brausebäder. In der Mitte eines sehr geheizten Raumes bemerkt man eine Anzahl Stricke und Winden, die am Dach befestigt waren; jeder Arbeiter hat einen Strick und eine Winde, woran er seine Kleider befestigt. Die Hitze des Raumes trocknet bald alle Kleider, die naß geworden sind.

Auf dieser Zeche fährt die erste Schicht um 5,30 Uhr morgens ein und fährt um 2 Uhr nachmittags aus. Man gab uns zu verstehen, daß ein Arbeiter, der acht Stunden, die unmittelbar der gewöhnlichen Schicht vorhergehen, gearbeitet hat, eine weitere Schicht arbeiten darf, und daß es auf diese Weise möglich sei, daß ein Mann beträchtlich mehr als sechs Schichten die Woche arbeitet. Es überraschte uns, daß keiner der Bergarbeiter-Beamten des Ortes, die mittlerweile zu uns gestoßen waren, versuchte, die Zechegebäude mit uns zu betreten. Man erklärte uns dies, indem man sagte, daß diese Beamten wahrscheinlich wegen Hausfriedensbruchs verhaftet werden würden, wenn sie von irgend einem der Zechebeamten gesehen werden würden, da zwischen den organisierten Arbeitern und den Werksbestimmern in Deutschland noch eine große Feindschaft besteht. Die letzteren erkennen die Gemeinwesen nicht an und weigern sich, mit ihnen in Verhandlung zu treten; das sind Zustände, die auf beiden Seiten große Erbitterung verursacht haben.

Von der Zeche begaben wir uns nach der Bergarbeiterkolonie in der Nähe. Alle Häuser dieser Kolonie, wie diese Art Arbeiterdörfer bezeichnet werden, gehören der Grubengesellschaft. Wir besahen uns das Innere zweier typischer Arbeiterwohnungen. Die erste umfaßte eine kleine Waschküche, eine Küche von gewöhnlicher Größe, eine Stube und zwei Schlafzimmer. Jedes Haus besaß einen ziemlich großen Garten. Die Miete für die erste Wohnung betrug 20 Mark pro Monat, wozu natürlich die direkten Steuern gerechnet werden müssen. Der Bergarbeiter, der hier wohnte, zahlte im Jahre 1908 110 Mk. und im Jahre 1909 76 Mk. an direkten Steuern. Dieses Haus wurde in einem sehr reinlichen Zustande gehalten und war in einem einfachen Stile möbliert. Es war nämlich der Stolz der Hausfrau, ihre Wohnung rein und ordentlich zu halten. Die Familie bestand aus Mann, Frau und zwei Kindern.

\*) Die Steuer der Gruben direkten Steuern kamert natürlich mit der Einkommensteuer und dem Besitztum. Weiter hat auch die Steuer-Ermäßigung bei der Berechnung der Steuern einen großen Einfluß auf die von niedrigen Einkommen zu zahlen Steuern. Für zwei Kinder, die ein Mann besitzt, wird seine Steuer-Bemessung um eine Stufe herabgesetzt.

Der Bergarbeiterbeamte des Ortes beschrieb uns diesen Mann als zu dem besten Arbeitertypus des Distrikts gehörend. Wir konnten das mit eigenen Augen beobachten. Nebenbei bemerkt, hielt diese Familie auch zwei Schweine.

Das nächste Haus, das wir besuchten, lag in dem Teile der Kolonie, der die „alte Kolonie“ genannt wurde. Hier waren die Häuser nicht so gut wie in dem neuen Teil der Kolonie. Sie bestanden aus vier Zimmern, zwei im Parterre und zwei im ersten Stock, aber diese Zimmer waren kleiner als wie in dem zuerst besuchten Hause. Die Miete war auch nicht so hoch; die hier wohnende Familie zahlte 16 Mk. den Monat Miete. Die Bewohner waren Ausländer und kamen von einem Teile Oesterreichs. Man sagte uns, daß mehr als 100 000 polnische und ausländische Arbeiter in der rheinisch-westfälischen Bergwerksindustrie beschäftigt seien. Diese ungeheure Einwanderung ist teilweise dem Bestreben des rheinisch-westfälischen Bergwerks-Syndikats zuzuschreiben, die Löhne der heimischen Bergarbeiter hinunterzudrücken. In diesem Hause trafen wir den hier wohnenden Bergarbeiter nicht an, jedoch sagte uns seine Frau, daß ihr Mann im letzten Jahre 52 Mk. direkte Steuern gezahlt habe. Er hätte wohl noch mehr zahlen gehabt, wenn er nicht eine Zeit lang krank gewesen wäre. Dieses Haus konnte, was Reinlichkeit und Ordentlichkeit anbetrifft, mit dem ersten von uns besuchten Hause keinen Vergleich aushalten, auch waren die zahlreichen Kinder nicht so rein wie die, die wir in dem ersten Hause sahen. Die Frau sagte uns, daß sie keine Schweine hielt, da sie kein Geld hätten, um welche zu kaufen. Sie beklagte sich bitter über die schlechten Zeiten und wünschte, sie wäre mit ihrer Familie aus Deutschland fort.

Den Rest des Tages verbrachten wir mit den Arbeiterbeamten des Ortes, an die wir Fragen stellten über Dinge, die unsere Mission betrafen. Wir hörten viele Klagen über schlechte Zeiten, willkürliche Behandlung der Arbeiter von den Zechebeamten und besonders Klagen über die große Steigerung der Nahrungsmittelpreise und die Verteuerung des Lebensunterhaltes im allgemeinen, die die Steuerpolitik der regierenden Klasse verursacht haben.

Im nächsten Tage fuhren wir nach Hamm an dem Fluss Lippe, der auch ein Nebenfluß des Rheins ist. Der Kamerad Susemann, ein Sekretär des Bergarbeiterverbandes, begleitete uns auf unseren Wegen. Der Bergarbeiterbeamte für den Hammer Distrikt befand sich gerade in dringenden Geschäften in einem entfernten Teile des Gebietes. Deshalb stellte uns der Ortssekretär des Metallarbeiterverbandes seine Führerdienste gütigst zur Verfügung. In Hamm nahmen wir ein Gefährt und fuhren nach der Zeche Radbod, die in einiger Entfernung von Hamm gelegen ist und ungefähr 1300 Personen beschäftigt. Es ist dieselbe Zeche, auf der im November 1908 die große Explosionskatastrophe vorfiel, in der 350 Personen getötet wurden. Noch befinden sich 130 Leichen in der Grube; ein paar Tage vor unserer Ankunft hatte man noch verschiedene Leichen geborgen und begraben. In der Nähe der Zeche befindet sich die neue Kolonie, die aus ungefähr 500-600 freistehenden Häusern

gebildet wird. Wir betraten verschiedene dieser Wohnhäuser für das ganze Dorf typisch waren. Die erste, in der wir traten, hatte drei Zimmer im Parterre, nämlich ein eine Stube und ein Schlafzimmer; im ersten Stock befand sich ein Schlafzimmer. Der Bergarbeiter, der hier bezahlte 18 Mk. pro Monat Miete, außerdem entrichtete direkten Steuern 68 Mk. pro Jahr.

Wir traten in verschiedene andere Häuser ein und überall, daß die Miete 18 Mk. pro Monat plus direkte Steuer war. Verschiedene der Häuser hatten alle vier im Parterre. Das ganze Dorf gehörte der Zechegesellschaft man sagte uns, daß es in Deutschland geschicklich ist, in bureau Mieten sowohl in Steuern von den Löhnen der abzugreifen. Was die Arbeitsstunden bei dieser Zeche an so fängt die Einfahrt um 5,30 Uhr morgens an und fährt um 2 Uhr nachmittags. Diese Arbeitszeit scheint in den rheinisch-westfälischen Gruben, die, wie wir durch fahrung nachher belehrt wurden, vom Standpunkte des aus die besten Gruben in Deutschland sind, zu herrsch Durchschnittslohn der Hauer war 5,30 Mk. pro Tag, Arbeiter, die die Kohle von der Arbeitsstelle nach den befördern, 3,80 Mk., der der Pferdejunken 3,00 Mk. und Obertagsarbeiter, die einen zwölfstündigen Arbeitstag, 3,50 bis 3,80 Mk. pro Tag. Was die Anzahl der Schichten von dem einzelnen Bergarbeiter gemacht werden, betrug diese sehr verschieden. Unsere Kameraden sagten uns, in einem Revier dieser Grube manchmal nicht wenige bis 41 Schichten pro Monat macht.

Man gab uns zu verstehen, daß die Besitzer dieser auf ihre Leistung nicht wenig stolz sind; dieser Stolz ist aber nicht gerechtfertigt zu sein. Die sanitären Verhältnisse der Kolonie sind sehr schlecht. Man findet keine Waffe sondern offene Klosetts, die auf die Gärten geleert werden jeder Seite der Straße fanden wir einen offenen Kanal schmutzige Wasser des Haushaltes und alle diese Kar hielten schmutziges Wasser und Unrat. Die Einwohner uns, daß die Gesellschaft im Begriff sei, eine ordentliche fation anzulegen, was uns allerdings dringend notwendig schien. Wir müssen hier noch erwähnen, daß zu jedem ein Stück Land gehört, das die Arbeiter bebauen; so Männer wie Frauen arbeiten darauf. In großen und hot die Kolonie einen pittoresken Anblick; wenn man auf diese, wie man uns sagte, als eine der besseren Arbeiter in Deutschland angesehen wird, so haben wir sicherlich von den Deutschen in der Konstruktion moderner Wohnungen zu lernen.

\*) Man wird bemerken, daß die englischen Kameraden überall auf Steuern als besonderen Bestandteil der Miete hinweisen. Das mußte es den englischen Arbeitern, die keine direkten Steuern zahlen, aber die in der Miete entrichten, zu ermöglichen, einen Vergleich mit den britischen zu machen. Die Miete hier angeführten Abzüge sind Zehntelshane.



gültigen Beweis für die Wichtigkeit des Wortes, das Bismard am 26. November 1884 im Reichstag aussprach:

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihnen fürchtete, würden die wichtigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren.“

Einer der tüchtigsten Sozialpolitiker des Zentrums, Konstantin Franz, schreibt auf Seite 18 seines Werkes über Sozialpolitik:

„Es ist eine Tatsache, daß es erst der sozialdemokratischen Agitation bedurfte, bis man überhaupt dazu kam, neben all den Gesetzen, die vorzugsweise die Interessen der besitzenden Klasse betreffen, doch nebenbei auch einige Gesetze speziell für die arbeitenden Klassen zu erlassen. Aus eigenem Antriebe und aus der schäpferischen Initiative der Regierungen ist nichts hervorgegangen, sondern das wenige, was in dieser Hinsicht wirklich gescheh, läuft der Sache nach selbst nur auf abgeklärte Gedanken der Sozialisten hinaus. Und sehr erklärlich, da sie eben von allen bestehenden Parteien die einzige Partei sind, die sich ausdrücklich mit den Zuständen und den Bedürfnissen der nur von ihrer Arbeit lebenden Klasse beschäftigt, wie sie auch in diesem Punkte die meiste Sachkenntnis besitzt.“

Das ist ehrlich! Es ist darum nicht zu erwarten, daß die M.-Glabbacher Bitaterische diese Ausführungen ihrem Bitaterische einberleiben.

1000 Mark Belohnung!

Tausend Mark sind zu verdienen, Tausend Mark, ein schöner Rebbach\*\*). Darum frisch heran, ihr Kumpels, Die ihr klug seid und gerissen.

Doch auch dies ist nicht vonnöten; Habt ihr nur das eine kleine, Nur ein bißchen Wissens-Runde Von dem „Heinrich-Brief“, dem netten!

Wer den „trefflichen“ geschrieben; Und ob es ein „fanter Heinrich“ Oder ein verruchter, böser Heinrich ist, wir wüßten's gerne. —

Gerne möchten wir auch wissen; Wer die „zwei“ und „fünf“ genannten „Mann“ sind, die dem „wackern“ Schreiber Gar so sehr am Herzen liegen. —

Noch ganz kurz; vor wenig Wochen Wußten klar wir alles, alles; Doch im Drange der Geschäfte Ging uns die Geschichte flöten. —

Wahrlich auch nicht zum Verwundern Bei den argen Schwulitäten, Die auf unfrem armen Hirne Lasten seit den letzten Wahlen. —

Darum frisch heran, ihr Kumpels; Kommt und reißt uns aus der Klemme; In die wir so klug geraten, Wie der Suchs im Tellereisen. —

Braucht auch Bange nicht zu haben; Daß die „Roten“ davon hören; Ganz vertraulich in der Stille Wollen wir die Sache decheln. —

Bringt uns nur, was wir gewußt schon; Aber leider nicht mehr wissen — Tausend Mark sind zu verdienen, Tausend Mark, ein schöner Rebbach. — S. R.

\*\* Oblige Belohnung ist im „Bergknappen“ für die Namhaftmachung des Heinrich-Briefschreibers ausgelegt. \*) Profit, Gewinn.

Nachklänge zur Knappschäfts-ältestenwahl.

Vor den Wahlen hatten die Bechengewerkschaftsstrategen den Sieg schon beinahe in der Tasche. Göhndend schrieb der „Bergknappe“ in seiner Nummer 34 vom 20. August 1910:

„Die jammernden Genossen. Das heulende Elend scheint bei den Sozialdemokraten seinen Einzug gehalten zu haben.“

Dann wurde dargelegt, daß das Kompromiß zwischen Gewerkschaft und konfessionellen Arbeitervereinen die Genossen mit banger Sorge erfüllte, weil sie davon auch politische Wirkungen für die nächste Reichstagswahl befürchteten; weiter wurde dann ausgeführt:

„Soviel ist aber Tatsache, wenn bei den kommenden Reichstagswahlen die Anhänger der bürgerlichen Parteien zusammenhalten, dann ist ihnen ein glänzender Sieg sicher... Wir würden es für sehr wünschenswert halten, wenn dieser Mann (Gue) aus dem Reichstag verschwindet und zwar im wohlverstandenen Interesse der Bergarbeiter... Und wenn dieses Zusammenwirken im Knappschäftskampf zur Folge hat, daß bei der nächsten Reichstagswahl die bürgerlichen Parteien sich näher kommen gegen die Sozialdemokratie, dann sagen wir dazu: Glück auf!“

Die Bundesgenossenschaft der Bechen, hat die Niederlage des Bechengewerkschafts nicht abwenden können. „Das heulende Elend hat darum bei den Bechengewerkschaftsstrategen Einzug gehalten“, davon zeugt jede Nummer des „Bergknappen“. Derselbe „Bergknappe“, der vor den Wahlen den Sieg schon beinahe in der Tasche hatte, versicherte nach den Wahlen, daß er seine Niederlage vorausgesehen habe. In seiner Nummer 39 vom 24. September heißt es:

„Der Ausfall der Knappschäftswahlen im Ruhrgebiet war, wie zu erwarten, für den Gewerkschaft nicht besonders günstig.“

So schreibt der „Bergknappe“ auf der ersten Seite, auf der dritten auch noch es:

„Wir sind auch, wie der Ausgang des Kampfes zeigte, unbesiegt... Wo solche Leute an der Spitze stehen, da muß es vorangehen, da kann auf die Dauer der Erfolg nicht ausbleiben.“

Der Ausgang des Kampfes hat dem Bechengewerkschaft einen Verlust von 50, dem Verband einen Gewinn von 65 Mandaten gebracht; der Verband erhielt 299, der Gewerkschaft nur 83 Mandate; trotzdem ist der Gewerkschaft nach dem „Bergknappen“, unbesiegt. Diese „Unbesiegtbarkeit“ wird in der bürgerlichen Presse wie folge eingeschätzt:

„Eine solche schwere Niederlage des Gewerkschafts hatten selbst seine schärfsten Gegner nicht erwartet; der Gewerkschaft hat sich als ein mächtiger Berg von Flugsand erwiesen, einem Sturmte hält er nicht stand; der Ausgang der Wahlen hat selbst die Vorpropheten der ärgsten Schwarzfahrer übertraffen; als Vorpropheten zu den Reichstagswahlen gibt diese Wahl ein trübes Bild; der Anhang der christlichen Organisationen ist stark dahingebrochen; die Sozialdemokratie ist in die schwärzesten Bezirke

eingedrungen; man hat diese Wahlen, und nicht mit Unrecht, ein Vorzeichen für die Reichstagswahlen genannt; diese Einleitung ist ja recht verheißungsvoll; Zentrum und Liberalismus, evangelische und katholische Berufsorganisationen haben in einträchtigem Aufmarsch die unheimlichen Mächte des Umsturzes nicht niederzwingen können; bei den nächsten Wahlen zum Reichstag wird das eigentliche Trauerspiel nachfolgen.“

So und ähnlich gibt die gesamte bürgerliche und Scharfmacherpresse ihrem Entsetzen über den Ausfall der Ältestenwahlen Ausdruck. Allenthalben herrscht Schermitzweckstimmung. Unter diesen Umständen ist es für den „Bergknappen“ nicht so einfach, die „Unbesiegtbarkeit“ des Bechengewerkschafts nachzuweisen. In seiner Nummer 40 vom 1. Oktober entschlüpft ihm dabei folgendes Geständnis:

„Die Gesamtsituation war für den sozialdemokratischen Verband so günstig, wie sie nur sein konnte. Sowohl die allgemeine wirtschaftliche wie auch die politischen Verhältnisse der letzten Jahre waren seiner Sache außerordentlich günstig. Es sei nur erinnert an die Zeit der Krise, die hohen Lebensmittelpreise, die Finanzreform und ihre Ausnutzung usw. Das mußte ja dem sozialdemokratischen Verbande nützen... Günstig für den sozialdemokratischen Verband war auch die Uneinigkeit der nichtsozialdemokratischen Kreise, wie sie nun einmal aus religiösen und politischen Gründen leider vorhanden ist. In den letzten Jahren hatte die Uneinigkeit durch die Blockpolitik, den Streit um die Reichsfinanzreform, die Engpässe usw. ja noch eine Verschärfung erfahren. Es war deshalb außerordentlich schwierig, alle nichtsozialdemokratischen Vergleute zu einem Zusammengehen zu veranlassen und die nichtorganisierten Vergleute zur Unterstützung unserer Kameraden zu gewinnen.“

In diesem, jedenfalls ungewollten Geständnis, liegt die schärfste Verurteilung der von den „christlichen“ Gewerkschaftsführern verteidigten volksausplündernden Wirtschaft- und Finanzpolitik und der Engpässe. Wie kommt nun trotzdem der „Bergknappe“ dazu, uns zu beschimpfen, wenn wir dagegen Stellung nehmen, wie es das Interesse der Bergarbeiter erfordert?

In seiner Nummer 39 schreibt der „Bergknappe“:

„Der Gewerkschaft hat immer bei dem schärferen und aufgeklärteren Teile der Arbeiterschaft seine Hauptstütze.“ Sattel! Das ist richtig, aber er hat nicht mehr! Grade in seinen früheren Hochburgen hat der Bechengewerkschaft seine schlimmsten Niederlagen erlitten. Tatsache ist, daß in einem der schwärzesten Bezirke, wo fast nur einheimische feste Bergarbeiter in Betracht kommen, in dem Bezirk Essen-Ost, der Verband 23, der Bechengewerkschaft nur 14 Mandate erhielt. Tatsache ist auch, daß im Ruhrgebiet, im Dortmunder Revier und allenthalben, wo fast nur einheimische, feste Bergarbeiter in Frage kommen, der Bechengewerkschaft fast kein Wein auf die Erde bekam.

In seiner Nummer 40 schreibt der „Bergknappe“:

„Dann sind die Preisverhältnisse im Ruhrgebiet außerordentlich ungünstig für unseren Gewerkschaft. Die große Mehrheit der nichtsozialdemokratischen Zeitungen, soweit sie insbesondere von dem evangelischen Volksteil und dem Teil der politisch nicht zum Zentrum zählt, gelesen werden, trat nicht für uns ein und war keine Parade gegenüber der sozialdemokratischen Parteipresse.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß die gesamte bürgerliche und die Scharfmacherpresse gegen unseren Verband Stellung nahm. Eine Ausnahme machte nur der „Allgemeine Beobachter“, Essen. Es kamen insgesamt 112 Zeitungen in Betracht; davon sind rund 38 Zentrumsorgane; hierbei sind aber die kirchlichen Anzeiger und frommen Traktätchen, die ebenfalls gegen unseren Verband Stellung nahmen und für den Bechengewerkschaft eintraten, nicht mitgezählt. Für den Bergarbeiterverband aber traten nur ein das Bochumer „Volkblatt“, die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“, die Essener „Arbeiter-Zeitung“, die „Nieder-rheinische Arbeiter-Zeitung“ und der „Allgemeine Beobachter“, Essen. Daß besonders die Zentrumsorgane jeden Schmutz gegen den Bergarbeiterverband brachten, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen. Es kennzeichnet aber die ganze Rat- und Gedankenlosigkeit des „Bergknappen“, wenn er trotzdem schreibt, die Preisverhältnisse seien für den Gewerkschaft außerordentlich ungünstig.

Weiter wird dann in der Nummer 40 des „Bergknappen“ den Polen der Kopf gewaschen; auch sie sollen durch ihre Taktik den „Genossen“ in die Hände gearbeitet haben. Wie unfinnig diese Behauptung ist, ergibt sich schon daraus, daß z. B. in Neumühl Polen und Gewerkschaft ein Kompromiß abgeschlossen hatten. Ueber das polnisch-christliche Wahlkompromiß in Neumühl schreibt der „Warius Polak“:

„Dank den Bemühungen einer bekannten Persönlichkeit in Neumühl kam der polnisch-christliche Kompromiß zustande. Was waren die Folgen davon? Der Sozialdemokrat hat gestiftet. Der morliche Gewerkschaft erweist in niemandem mehr Wohlgefallen, und Polen, die ihn unterstützt haben, haben einen Rahmen geführt. Sie haben eine barmherzige Tat vollbracht, wurden aber von den Sozialisten überholt.“

Aljo aus Barmherzigkeit haben die Polen einen Rahmen geführt! Mit einem Rahmen wird der Gewerkschaft verglichen! Das ist bitter!

Die Bechengewerkschaftsstrategen und M.-Glabbacher Dreimonatsprofessoren kämpfen mit ihrer letzten Kraft um ihre verlorene Position. Das Ganze er schien uns darum bisher wie ein Drama. Jetzt artet es aber zur Komödie aus. In seiner Nummer 41 vom 8. Oktober 1910, bringt der „Bergknappe“ folgenden Aufruf:

„1000 Mark Belohnung!“

Der Vorstand unseres Gewerkschafts beschloß, auf die vollständige Aufklärung des 30 000 Mk. Flugschriftschwindels und auf den Nachweis, wer den Heinrich-Brief geschrieben hat, an wen er gerichtet war und wer mit den in dem Briefe genannten zwei und fünf Mann gemeint ist, eine Belohnung von eintausend Mark auszusetzen. Dieser Schritt erfolgte, weil die reifliche Aufklärung der fraglichen Angelegenheit für die Zukunft der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet außerordentlich wichtig ist. Sie liegt im Interesse aller christlich vorwärtsstrebenden Arbeiter.

Wir bitten alle, die irgend etwas zur Aufklärung beitragen können, sich entweder mündlich oder schriftlich bei der Redaktion zu melden. Allen denjenigen, die zur Aufklärung beitragen können, jedoch nicht persönlich in die Sache hineingezogen werden wollen, sichern wir streng vertrauliche Behandlung ihrer Mitteilungen zu. Es werden nur solche Leute, die Angaben machen, in die Gerichtsverhandlungen usw. hineingezogen, die dagegen nichts einzumenden haben. Jeder Wissende kann uns also bei der Aufklärung unterstützen, ohne daß irgend einer davon erfährt.“

Als wir das lasen, sagten wir uns: Die Gewerkschaftsstrategen sind auf dem Wege nach Aplerbeck! Höher gehts nicht! Und doch waren wir auf diesen Ausgang vorbereitet. Schrieb doch der „Bergknappe“ schon in seiner Nummer 40 vom 1. Okt., Kleinlaut:

„Die Genossen versuchen, den Anschein zu erwecken, als wenn unser Kamerad Hüster der Briefschreiber sei. Daran ist nun gar nicht zu denken. Die Handchriften von Hüster und „Heinrich“ haben, wie die „Tremonia“ mit Recht bemerkt, so viel Ähnlichkeit, wie eine Kuh und ein Kaninchen. Demnach wird ja Gelegenheit sein, am Gericht die Sache aufzuklären. Wir bitten alle Kameraden

und Freunde unserer Bewegung, die weiteres Material haben, das der ganzen Sache dienlich sein könnte, dieses und sofort zuzustellen. Keinem werden aus einer solchen Gefälligkeit für später Unannehmlichkeiten erwachsen.“

Hier wird also zugestanden, daß man nichts weiß, daß man den Verband ins Blaue hinein verleumdet hat. Nach den bisherigen Versicherungen mußte man bestimmt annehmen, daß der Heinrich-Brief-Schreiber den Gewerkschaftsstrategen bekannt sei. In seiner Nummer 36 veröffentlichte der „Bergknappe“ den Heinrich-Brief und bemerkte u. a. einleitend:

„Es ging uns nämlich auf durchaus christliche Weise folgender Privatbrief eines führenden Mitgliedes des alten Verbandes an einen anderen Verbandsführer zu“ (folgt der Heinrich-Brief).

Sofort begaben sich die Vorstandsmitglieder unseres Verbandes, Gusemann und Waldbacher, zum Hauptbureau des Gewerkschafts und forderten die Vorlegung des Briefes, um den Schreiber zu ermitteln. Das wurde von der Redaktion des „Bergknappen“ sowohl von der Zeitung des Gewerkschafts, abgelehnt. Trotzdem schrieb der „Bergknappe“ in seiner Nummer 37 vom 10. September 1910:

„Die Genossen behaupten, der von uns in der vorigen Woche veröffentlichte Brief von dem Genossen „Heinrich“ sei Schwindel. Demgegenüber betonen wir nur, daß der Brief echt ist. Unser Redakteur Heinrich Zmubusch hat bereits einen Anwalt mit der Einreichung der Verleumdungsklage gegen den Redakteur des sozialdemokratischen „Volkblatts“ in Bochum beauftragt, weil das genannte Blatt behauptete, der Brief sei gefälscht. Der Prozeß wird die Gelegenheit geben, die Angelegenheit einwandfrei klarzustellen.“

Und die ultramontane „Essener Volks-Zeitung“, das Leib- und Magenblatt des Bechengewerkschafts, schrieb am 16. September 1910:

„Der „Heinrich-Brief“ des alten Bergarbeiterverbandes, worin die Treue besprochen werden, welche die Sozialdemokratie gelegentlich der Anknappschäftswahl anzuwenden gedachte, um die Bergarbeiter zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten zu bestimmen, hat die sozialdemokratische Presse kurzerhand als Fälschung hinstellen zu können geglaubt. Darüber wird sich das Bochumer „Volkblatt“, das mit der Behauptung zuerst hervorgetreten ist, dem nächst an Gerichtsstelle zu verantworten haben, da der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter Klage wegen Verleumdung aus § 188 angebracht hat. Bei dieser Gelegenheit wird die Echtheit des Briefes erwiesen und noch anderes interessantes Material zur Kennzeichnung der sozialdemokratischen Kampfesweise vorgebracht werden.“

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ schrieb noch in seiner Ausgabe vom 8. Oktober 1910:

„Die Genossen behaupteten, der Brief sei gefälscht, um ihnen etwas anzuhängen. Zur Antwort strengte Kollege Zmubusch vom „Bergknappen“ gegen den verantwortlichen Redakteur des sozialdemokratischen „Volkblatts“ in Bochum Klage an, um die Angelegenheit aufzuklären. Vom „Bergknappen“ wurde auch ein Faksimile des Briefes veröffentlicht. Prompt antwortete die sozialdemokratische Presse mit der Nebeneinanderstellung der Faksimile des obigen „Heinrich-Briefes“ und eines Schreibens des Gewerkschaftsbeamten Franz Hüster und behauptete, dieser sei der Briefschreiber. Dieser Treid zeigt so recht, wie die sozialdemokratischen Führer ihre Leute einschärfen. Die beiden in Betracht kommenden Handchriften sind nämlich außerordentlich verschieden, sie gleichen sich, wie die „Tremonia“, Dortmund, ausführte, wie eine Kuh und ein Kaninchen... Der Brief kann nach seinem Inhalt gar nicht gefälscht sein. Ein früherer Arbeitskollege eines langjährigen Verbandsangestellten will auch bestimmt dessen Handschrift in dem Heinrich-Brief wiedererkennen. Die Gerichtsverhandlung wird wohl Aufklärung schaffen.“

Am 10. September schrieb der „Bergknappe“, Zmubusch habe einen Anwalt mit der Einreichung der Klage gegen das „Volkblatt“ beauftragt; „Essener Volkszeitung“ und „Zentralblatt“ verschärfen ebenfalls, daß sich das „Volkblatt“ demnächst an Gerichtsstelle zu verantworten habe. Bis heute aber ist dem „Volkblatt“ von einer Klage nichts bekannt.

Bezeichnend ist auch, daß der „Bergknappe“ das Faksimile des Heinrich-Briefes erst in seiner Nummer 38 vom 17. September, veröffentlichte. Zudem wurde diese Nummer des „Bergknappen“ dem Bergarbeiterverbande und auch den Redaktionen der sozialdemokratischen Parteiblätter erst am Tage vor der Wahl, teilweise sogar erst am Wahltag selbst, zugestellt. Die Zentrumsorgane des Ruhrreviers brachten das Faksimile des Heinrich-Briefes erst am 16. September, dem Tage vor der Wahl. Dadurch wollte man es dem Bergarbeiterverbande unmöglich machen, noch etwas gegen den Streich zu unternehmen.

Am 3. September schrieb der „Bergknappe“, ihm sei der „Heinrich-Brief-Schreiber“ bekannt, es sei ein Verbandsführer. Am 15. September sagte der Redakteur des „Bergknappen“, Heinrich Zmubusch, in einer Versammlung in Freisendbrück, nachdem ihm ein kleiner Junge etwas zugestüstert hatte:

„Kameraden! Mir wird jetzt mitgeteilt, daß wir den Schreiber des Briefes haben. Den Namen nenne ich natürlich jetzt noch nicht. Ich sage hier ausdrücklich, ein Verbandsführer schreibt an den anderen, an seinen Kollegen, seinen Parteigenossen. Kameraden! Ich wäre in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung unmöglich, ich verzeigte meine ganze Lebensstellung, wenn ich einen gefälschten Brief veröffentlichte. Kameraden! Ich wäre ein Lump, wenn ich einen Brief veröffentlichte, von dem ich nicht wüßte, daß er echt wäre. Wie ich vor Gericht arbeiten werde, das kann ich hier noch nicht sagen, weil ich beschließen muß, daß dann einige der Verbandsleute über die Grenze gehen.“

Hier teilt also Zmubusch mit, daß er den Schreiber des Briefes während der Versammlung kennen lernte. Bierzehn Tage vorher wollte er ihn aber schon gefannt haben, denn er schrieb im „Bergknappen“: „Ein Verbandsführer schreibt an den anderen.“

Am 17. September, am Tage der Ältestenwahl, wurde an allen Wahllokale ein Plakat ausgehängt, das folgenden Wortlaut hat:

„Briefschreiber gefunden. Am 15. September erklärte ein früherer Arbeitskammerad des Verbandsbeamten Aufferstraße, als ihm ein Abdruck des Genossen „Heinrich“ gezeigt wurde, er kenne in der Schrift bestimmt die Handschrift seines früheren Arbeitskammeraden und späteren Verbandsbeamten Heinrich Aufferstraße. Diese Behauptung wiederholte er auch am folgenden Tage.“

Dieses Machwerk war von Heinrich Zmubusch verantwortlich gezeichnet. Hiernach sollte also Aufferstraße, der, nebenbei gesagt, in Bochum wohnt, während der Schreiber des Heinrich-Briefes in Dortmund wohnen sollte, der Verfasser sein.

Aufferstraße ging am gleichen Tage zum Hauptbureau des Gewerkschafts und wies Zmubusch in Gegenwart zweier Zeugen an der Hand von Handschriften einwandfrei nach, daß er der Schreiber des Heinrich-Briefes nicht sei. Er ersuchte Zmubusch, das sofort öffentlich bekannt zu machen. Dessen weigerte sich Zmubusch jedoch und drohte Aufferstraße mit Entthillungen persönlicher Art, falls er Klage einreiche. Selbstverständlich hat sich Aufferstraße durch diese Drohung nicht abhalten lassen, die Klage einzureichen. Er wird nachweisen, daß der Schreiber des Heinrich-Briefes kein Verbandsführer ist, sondern ein Gewerkschaftsführer. HOFFENTLICH erhält er dann auch die ausgesetzene 1000 Mark.

Trotzdem Aufferstraße schon am 17. September einwandfrei nachgewiesen hat, daß er der Schreiber des Heinrich-Briefes nicht ist, sucht das „Zentralblatt“ vom 3. Oktober, wie oben angeführt, doch noch diesen Anschein zu erwecken. Die fragliche Nummer ist verantwortlich gezeichnet von Herrn Adam Stegerwald.



Der Traum ist aus, die Schleier fallen. Die Bechergewerkvereinstrategen haben geträumt von großen Taten...

Wir resümieren: Am 3. September wußte der „Bergknappe“ schon, daß der Heinrichsbrief von einem Verbandsführer herrührte...

Am 10. September beteuerte der „Bergknappe“ nochmals, der Heinrichsbrief sei echt, die Klage gegen das „Volksblatt“...

Am 15. September teilt dann Zmbusch in einer Versammlung in Freisenbruch mit, daß ihm der Schreiber des Heinrichsbriefes genannt worden sei...

Am 16. September behauptet die „Essener Volks-Zeitung“, der Heinrichsbrief sei vom Bergarbeiterverbande.

Am 17. September wird Lufderstraße in dem von Zmbusch verantwortlichen gezeichneten Flugblatt als Verfasser des Briefes genannt.

Am 3. Oktober sucht das „Zentralblatt“ nach den Anschein zu erwecken, als sei Lufderstraße der Heinrichsbrief-Schreiber.

Am 1. Oktober bittet der „Bergknappe“ alle seine Kameraden und Freunde um Zustellung von Material, um die ganze Sache aufzuklären.

Am 8. Oktober werden im „Bergknappen“ dann demjenigen, der den Verfasser und Adressaten des Briefes namhaft macht, 1000 Mark Belohnung versprochen.

Die „Bergknappenleute“ haben sich, wie Figura zeigt, in ihr eigenes Allgengewebe so verannt, daß sie nicht mehr heraus können.

„Kameraden! Ich wäre ein Lump, wenn ich einen Brief veröffentlichen könnte, von dem ich nicht weiß, daß er echt wäre!“

Wir haben dieser Selbstkennzeichnung nichts hinzuzufügen. Der Verband aber schreitet trotz dieser unsauberer Kampfesweise rüstig vorwärts.

So hatte er im September allein im Ruhrgebiet hunderte Uebertritte aus anderen Organisationen zu verzeichnen. Das es sich dabei nicht um jüngere Mitglieder handelt, zeigen folgende Angaben: Die durchschnittliche Mitgliedschaft bei den vom Bechergewerkverein Uebergetretenen betrug 136 1/2 Wochen...

Die Zahlen beweisen, daß besonders dem Bechergewerkverein die ältesten Mitglieder den Rücken kehren. Auch ein Erfolg der Gaulei- und Schauffelpolitik der überaus flugen Bechergewerkvereinstrategen!

### Wolkswirtschaftliche Rundschau.

#### Wer schädigt die Interessen seiner Standesgenossen?

In den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist der Erfolg einer Partei wesentlich bedingt durch die Einheit und Geschlossenheit der Standesgenossen.

#### Warum muß sich der Arbeiter organisieren?

In einem kapitalistischen Klassenstaate ist das Koalitionsrecht eine ökonomische Notwendigkeit. Das Koalitionsrecht ist erforderlich, damit die Ware Arbeitskraft denselben Gesetzen unterliegen kann, wie jede andere Ware.

#### Wer nicht sät, soll auch nicht ernten!

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingezogene Mitglieder seid?

O, ich kenne den allbekanntesten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden!

#### Wer verdient die allgemeine Achtung?

Seit reichlich drei Jahrzehnten hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung einen glänzenden Siegeszug gehalten. Mit unbeeinträchtiger Gewißheit wird diese Gewerkschaftsbewegung alle andern großen Organisationen weit überflügeln.

#### Gibt es eine evangelische, katholische oder griechische Arbeiterfrage?

Als Berufsangehöriger hat jeder seine Interessen gemeinsam zu vertreten. Es gibt wohl einen evangelischen, einen katholischen, einen griechischen Arbeiter, aber es gibt keine evangelische, katholische, griechische Arbeiterfrage.

#### Was will die Gewerkschaft?

- Die gewerkschaftliche Organisation bezweckt die Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit.
Die gewerkschaftliche Organisation verkürzt die Arbeitszeit und verlängert das Leben.
Die gewerkschaftliche Organisation steigert die Löhne und verbessert den Hunger.
Die gewerkschaftliche Organisation fördert die Aufklärung und Kampf gegen die Finsternis.
Die gewerkschaftliche Organisation entwickelt Mannhaftigkeit und Mut im Widerstand.
Die gewerkschaftliche Organisation stärkt die Brüderlichkeit und regt das Selbstbewusstsein.
Die gewerkschaftliche Organisation bereitet die Solidarität und verbündet den Kampfesmut.

Die gewerkschaftliche Organisation strebt nach Recht und schafft das Unrecht ab.

Darum sollen alle Arbeiter organisiert sein! Das will die Gewerkschaft!

Wer das will, der stehe zu seiner Organisation in Freud und Leid!

#### Ein Urteil über Streikbrecher.

Herr v. Gerlach schreibt in der „Welt am Montag“: „Die „Arbeitswilligen“ sind, von Ausnahmen natürlich abgesehen, der Aushub der Arbeiterkassette. Alle ankündigenden Arbeiter erblinden in diesen Burthen, den Hyänen des Schlachtfeldes der Arbeit...“

#### Die Lohnzüge der Staatsoberhäupter.

Table with columns: Name, Salary. Includes: Der Bundespräsident der Schweiz (8000 Mk), Der Präsident der Vereinigten Staaten (250000), Der Präsident von Frankreich (1200000), König von Württemberg (1800000), etc.

#### Die Lebensgeschäfte der deutschen Lebensversicherung.

Die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften repräsentieren heute eine gewaltige wirtschaftliche Macht. In der folgenden Tabelle stellen wir das Nominalkapital der Unternehmen dem wirklich eingezahlten Kapital gegenüber...

Table with columns: Lebensversicherungsgesellschaft, Nominalkapital (in 1000 Mark), Jährliche Beiträge in % d. N. K., Dividende in % d. N. K. Lists companies like Lübeck, Berlinische, Bayerische, etc.

Mit einer Ausnahme — Wilhelm — arbeiten die Gesellschaften nur mit einem Bruchteil des Nominalkapitals. Die Dividende wird natürlich auf das Nominalkapital berechnet! Sie beträgt also z. B. bei der Lübecker Lebensversicherungsgesellschaft für die wenigen Aktieninhaber nicht nur 82 1/2 Prozent, sondern, da auf das Nominalkapital nur der zehnte Teil eingezahlt ist, in Wirklichkeit 625 Prozent!

#### Aus den Bergschiedsgerichten.

- Bergschiedsgericht vom 13. September 1910 in Oelsnit. Vorsitzender: Bergwerksdirektor Dr. Krug aus Freiberg.
2. Der Hauer Richard Köppler in Hohnsdorf erlitt bei Ausübung seines Berufes mehrere Verletzungen...
3. Die Berufung des Berginvaliden Friedrich Julius Reinhold in Neutritzberg gegen die Allgemeine Knappschützengesellschaft...
4. Der ehemalige Bergarbeiter Krejmir Mawrowic in Oelsnit klagt gegen vorgenannte Knappe auf Rückzahlung seiner Beiträge...
5. Der 58jährige Bergarbeiter Friedrich Köllmers in Richtenstein erlitt im März d. J. einen Unfall...

Werke Vereinigt in Hohnsdorf den Krankenschein, welcher ihm aber verweigert wurde, wogegen sich seine Klage richtete. Die Krankenkasse wurde verurteilt, das dem Kläger zuzurechnende gesetzliche Krankengeld auszusahlen...

#### Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Albert Röske

Redakteur des „Vauhilfsarbeiter“, ist am 20. September im Eppendorfer Krankenhause zu Hamburg an den Folgen einer Operation, 55 Jahre alt, gestorben. Röske übernahm 1890 die Expedition der „Tischlerzeitung“, 1894 wurde ihm die Redaktion übertragen. Als 1905 leitete er dann die „Hofarbeiterzeitung“, die von Hamburg nach Stuttgart, dem Sitz des Hauptverbandes, übersiedelte.

#### Aussicht auf Frieden in der Metallindustrie.

Die Werksbesitzer haben weitere Zugeständnisse gemacht. Die Einstellungslöhne bei den Hamburgischen Werken der Gruppe deutscher Seeschiffswerften werden bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pf. erhöht...

#### Streiks in England im Jahre 1909.

Das englische Arbeitsamt registrierte im Jahre 1909 436 Arbeitsniederlegungen, an denen 300 819 Arbeiter direkt oder indirekt beteiligt waren. Der hierdurch entstandene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf 2 1/2 Millionen Arbeitstage.

#### Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1909.

Auch das Jahr 1909 hat den englischen Gewerkschaften wieder einen Verlust gebracht. Die Gesamtmitgliederzahl der 1153 (!) deutlichen Arbeitsämter berichtenden Gewerkschaften betrug am Jahreschluss 1909 2 347 461 gegen 2 379 723 am Schlusse des Jahres 1908...

#### Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Recht Dahlfanger Tiefbau. Hier scheint die Verwaltung die berggesetzlichen Bestimmungen nicht zu kennen. Seit geraumer Zeit hängt die Zahl der zu Zweckverbänden zusammengeschlossenen Gewerkschaften hat wiederum zugenommen. Die wichtigsten derselben hatten folgende Stärke: Gewerkschaftsbund (dem internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen angegeschlossen) 698 950...



die Seilsahrt erst um 2 Uhr mittags an, beendet ist dieselbe erst zwischen 2 1/2 und 3 Uhr. Der vorige Betriebsleiter Fischer ließ die Seilsahrt 20 Minuten vor 2 Uhr beginnen, damit sie rechtzeitig beendet war. Auch das Straßengeld steht in der schönsten Blüte. Wegen Mindermaß der betriebl. Wagen werden die Kameradschaften des Biteren in hohe Strafen genommen, obgleich sie daran nichts ändern können. Die Wagen werden in der Hauptstraße, wo sie durch den Kettenzug zum Schachte befördert werden, von der Kette abgelassen und erwidern dann den Einbruch, als seien sie falsch belastet. Diejenigen Kameraden, die stützende Stöße haben, stehen auf den Wagenrand Stöße, um das Abstreichen zu verhindern. Diejenigen, die keine Stöße haben, sind ständig die Beträger. Hauptsächlich wird die Betriebsleitung dieser beiden Umstände näher untersucht und abgestellt.

**Beste Friedricher Anstalt.** Hier haben am 15. September eine große Anzahl Arbeiter ihre Arbeit gekündigt. Diese Kündigungen sind ohne Zweifel Folgen der schlechten Löhne. Hierzu gefügt sich noch die schlechte Verpflegung. Durch diese Kündigung ist dieser Besteh eine wesentliche Arbeitermangel entstanden. Wie verhalten, sollen drei Agenten in den städtischen Provinzen beim Anwerben der Leute tätig sein. Bei den Kolonialbewohnern ist durch einen Bureaubeamten angefragt worden, wieviel Kostgänger sie nehmen würden. Am 1. Oktober würden einige hundert Arbeiter ankommen, sie sollten sich darauf einrichten, Kostgänger zu halten. Einige Bewohner sind diesen Ansinnen nichttraulich entgegengetreten und haben erklärt, wenn die Besuche für das Kostgeld hätten würde, würden sie welche nehmen. Schon des Biteren sind Kostgänger, ohne Kostgeld zu zahlen, abgezogen. Die Gemeinde Linden wird an einer solchen Zuwanderung Freude haben.

**Beste Gottfried Wilhelm.** Der Bergmann S. K. ist auf genannter Besteh im Flöz Geißling, 2. Sohle, Revier 1 (Steiger Stratmann), im Streckbau beschäftigt. Er verlangte mit seinen Kameraden, daß ihnen das Gebinde in gleicher Höhe gestellt würde, wie in den anderen Strecken desselben Flözes im selben Revier. Andere Kameradschaften erklärten für die gleiche Arbeit 25 Pf. mehr pro Wagen Kohle, wie die Kameradschaft des S. K. Das Gebinde der Kameradschaft des S. K. um gleich hohen Lohn wie die übrigen, wurde abgelehnt, und zwar vom Betriebsführer Wartmann und Fahrsteiger Frömling, während der Reviersteiger Stratmann wohl dafür war, daß gleiches Gebinde gestellt werden sollte oder doch das Gebinde bei der Kameradschaft S. K. erhöht werden müßte. S. K. und der Hauer S. kündigten darauf die Arbeit; bei dieser Gelegenheit forderte der Betriebsführer die genannten Kameraden auf, auch die beiden Rezhauer hereinzuführen, damit diese auch kündigten. Auf diese Aufforderung hin kündigten denn auch die beiden Rezhauer. Am 29. September fügte sich Kamerad S. in der Grube bei der Arbeit krank, er glaubte, daß er sich an einem schweren Steinwagen verstoßen hätte. Er hat deshalb einen Fahrsteiger und den Steiger Kerschke um einen Schein zum Ausfahren; derselbe wurde ihm aber verweigert und ihm gesagt, er möge, wenn er jetzt ausfahren wolle, den Fahrsteiger benutzen. — Sodann ist des Mittags die Seilsahrt für die Morgenschicht erst um 2.40 Uhr zu Ende, dauert also fast zehn Minuten länger, wie vorgeschrieben, insoweit können dann viele Kameraden von auswärts den Arbeiterzug nicht mehr erreichen, müssen dann vielmehr auf den nächsten Zug warten.

**Oberbergamtsbezirk Breslau:**

**Fürstensteiner Gruben.** Auf dem Hans-Heinrich-Schacht ist es oftmals üblich, daß während der Seilsahrt die Schichtarbeiter durchgepöbelt werden, was zur Folge hat, daß die Arbeiter bis auf die Haut durchnäßt werden und in diesen nassen Kleidern dann die ganze Schicht arbeiten müssen. Daß sich auf dem Förderschacht die erwachsenen mit den jugendlichen Arbeitern zusammen baden müssen, könnte auch gut geändert werden. Auch die Lampen könnten in einem besseren Zustand sein. Notwendig wäre, daß mehr Leute zu dieser Arbeit gestellt würden, damit würde am besten dem Uebel abgeholfen. Sehr schneidig glaubt man auf dem Bahnschacht vorgeben zu müssen. Sobald auch nur die Arbeiter nach Ansicht selbst eines Aufsehers zu wenig gearbeitet haben, flugs wird dem Vortreffenden statt einer ganzen, nur eine halbe Schicht geschrieben. Da unten weder Vortreffungen noch sonst etwas, der Aufseher hat entschieden und dabei bleibt es. Das Kohl soll von den Arbeitern billiger geliefert werden, heißt es ganz einfach und um dieses möglichst zu machen, läßt sich selbst der Betriebsführer herbei, um ganze Schichten lang vor einer Deckfläche zu graben und zu beobachten, ob nicht mehr gelieft werden kann. Wenn selbst dadurch, weil die Leute so wie so schon bis auf das äußerste angepannt sind, sich nicht mehr herauschlagen läßt, so heißt es dann ganz einfach, daß die Arbeiter eine saule Wande sind. Zu den miserablen Arbeits- und Lohnerhältnissen noch Hohn, Spott und Beschimpfungen. Fürwahr, die Arbeiter der Fürstlichen Gruben haben nicht umsonst die Krone an ihrer Bergmannsmütze angeheftet.

**Herrsdorfer Gruben.** Anscheinend huldt die Verwaltung dieses Wertes dem Grundsatz, daß man die Arbeiter, je weniger man ihnen Lohn gibt, desto mehr mit Vergnügungen und Festlichkeiten unterhalten muß. Natürlich ist man aber nicht so dumm, dieses Alkotria selbst zu bezahlen, das überläßt man den Arbeitern. Bekanntlich finden von Zeit zu Zeit die auch schon in dieser Zeitung kritisch betrachteten sogenannten Gauerbälle statt. Die Macher dieser Sorte Vergnügungen sind die Beamten, welche ja auch aller Grund dazu haben, sind sie doch diejenigen, die bei dieser Gelegenheit die „Hochs“ funderweise weg-schleppen und neben anderen Huldigungen noch eine oder mehrere „geistreiche“ Reden halten können. Durch solchen Zeug von allbekannter Seite kommen dann die meterlangen Dankesartikel in die lokalen Blätter- und Rätselblätter, was natürlich am deutlichsten den Zweck der Lobung erkennen läßt. Nichtingeweiht werden meinen, daß die Verwaltung auch die Kosten für diese Art Feste bezahlen würde, doch weil gefehlt! Die Arbeiter sind es, welche die Kosten allein zu tragen haben, werden doch jedem Arbeiter, sobald er vom Schleppeur zum Rezhauer und von da zum Hauer avanciert, die sogenannten Wanbiertgelder in Höhe von 3 bis 5 Mk. ganz einfach vom Lohne einbehalten. Obwohl mancher Arbeiter über diesen ungerechten und ungehörigen Lohnschub aufgebracht ist, wird doch meist, um es bei den Herren Beamten nicht zu verderben, gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Gatten die Arbeiter bisher schon allen Grund, gegen diese Art von willkürlicher Lohnkürzung zu protestieren, so ist jetzt erst recht der schärfste Protest am Platze, wenn man erfährt, daß diese Gelder zur Arrangierung von Festlichkeiten bei Beamtenjubiläen verwendet werden sollen. Wie jetzt bekannt wird, feiert der Aufseher Bogt von der dritten Erbstollen-Abteilung am 29. Oktober sein 50-jähriges Bergmannsjubiläum. Die Arbeiter läßt natürlich ein solcher Akt eigf. kalt, sind sie doch der Meinung, daß bei der heutigen mörderischen Antreiberei und Absehung keiner mehr in die Lage kommt, ein solches Jubiläum zu feiern. Was aber den jährlichen Protest herausfordert, ist, daß man die circa 300 Mk., die die Abteilung auf der Sparteke liegen hat, zu diesem Zweck verwenden will. Die Arbeiter sind der Meinung, daß ihr zusammengepartes Geld nur für sie, nicht für die Beamten da ist. Ist der Beamte, so fragen die Arbeiter, die 50 Jahre zum Nutzen der Arbeiter oder zum Nutzen des Wertes tätig gewesen? Ist letzteres der Fall, so hat die Gewerkschaft die Pflicht und Schuldigkeit, wenn es einmal absolut ol. e. Klimbum nicht abgeht, diesen auch zu bezahlen. Uebrigens hat die Arbeiter-schaft bei den jetzigen teuren, unerschwinglichen Lebensmittelpreisen und den zum Verhungern eingerichteten niedrigen Löhnen absolut keine Lust, den Hunger durch Jubiläumsfeste glorifizieren zu lassen. Wenn festhält, daß im vorigen Monat schon Hauerlöhne von 3,40 Mk. ausgezahlt worden sind, diesen Monat aber der Lohn noch geringer sein dürfte, so wären ja Jubiläumsfeste, Trauerfeierlichkeiten eher angebracht. Nicht Jubiläumserleichterungen können das heutige unfaßbare Geld, unter dem die hiesige Bergarbeiterschaft leidet, verdeden, dazu sind höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen notwendig. Wenn heute die Arbeiter mit den Löhnen nicht mehr zureichen sind, so werden dieselben nicht etwa aufbessert, nein, verhöhnt werden die Arbeiter, indem es heißt: „Ihr müßt nur tüchtig arbeiten, da werdet Ihr auch was verdienen!“ Außer über die Entlohnung haben die Arbeiter über die Behandlung zu klagen. Nicht genug, daß Aufseher Berger (4. Abteilung) in jetzter Abteilung die Arbeiter auf Schritt und Tritt beobachtet, selbst die Arbeiter der anderen Abteilungen werden von diesem Manne mit Argusaugen bewacht und wegen jeder Dumperci zur Anzeige gebracht. Nicht allein unter-, sondern auch über Tage haben die Arbeiter alle Ursachen, die an ihnen geübte Arbeiter-freundlichkeit nach allen Windrichtungen hin zu preisen, werden doch bei zwölfstündiger Arbeitszeit jage und schreibe 2,70—2,90 Mk. pro Schicht verdient. Werden die Arbeiter wegen Erhöhung des Lohnes vorzüglich, so heißt es: das Gebinde geht schlecht, es könne unmöglich zugelegt werden. Wenn es gleich darauf heißt, daß die Leute zum

Verlader der Halbe-Uberstunden machen sollen, so tut das natürlich der Wahrheitstheorie der Beamten absolut keinen Abbruch. Daß das Verbrechen eines Arbeiters, einmal einen Beamten nicht mit „Herr“ angeredet zu haben, ebenfalls geüht werden muß, versteht sich, wenn man obige Schilderung über dieses „Musterwerk“ gelesen hat, wohl von selbst. — Man sieht, die Liebe zu den Arbeitern kennt bald keine Grenzen mehr auf diesem Kitt. Besonders können auch die Bergarbeiter von Neu-Hain, die dort arbeiten, ein Lied davon singen, ist doch ihnen jetzt sogar der Weg beim Spottschacht vorbei, den sie schon so viele Jahre als Grabenweg benutzen, versperrt worden. Die Leute sind deshalb gezwungen, Wege zu benutzen, wo sie am hellen Tage die Knochen kochen müssen.

**Meldsiorgrube (Dittersbach).** Ein Beamter, wie er entschieden nicht sein sollte, ist der Steiger Stiller von der ersten Abteilung. Diesem Herrn kann nicht genug Arbeit geleistet werden. Trotzdem bei der Nachtschicht zwei Fahrhauer oftmals die Abteilung befahren, heißt es doch noch bei Stiller, daß in der letzten Schicht die Leute zum Schlafen auf die Grube kommen. Um ja die Arbeiter genau beobachten zu können, fährt dieser Mann öfters früh um 5 1/2 Uhr in die Grube ein, um bis 2 Uhr drin zu bleiben. Diese Ragnahme hat den Zweck, zu beobachten, ob auch die Leute zeitig genug zu arbeiten anfangen und keine Minute zu früh aufhöhen. Welche demjenigen, welcher sich da etwas zusehen kommen läßt. Trotzdem bis 6 Uhr Seilsahrt ist, können die Leute nicht zeitig genug auf der Grube sein. Kommt einer erst um 7 1/2 Uhr, so will man ihn schon nicht einfahren lassen. Inbezug auf den Seiltransport ist zu bemängeln, daß die Arbeiter, Hauer wie Schleppeur, das Holz von der Grubmitte aus bis vor Ort transportieren müssen. Für diese Arbeit bekommt niemand auch nur einen Fennig Entschädigung, im Gegenteil, dieser Zustand ist dazu angetan, die Antreiberei indirekt zu fördern. Ein wahres Wettrennen und Drängen beginnt früh bei der Einfahrt, jeder möchte der erste in der Grube sein, um ja nur ein paar Broden vernünftiges Holz zu erwischen. In den Strecken 10—13 ist die Wetterführung eine mißverable, was wohl damit seine Ursache hat, daß die Wetterführer meistens undicht sind. Trotzdem es infolge dessen sehr schlecht brennt, sind Feuerlampen fast gar keine vorhanden. Wie miserabel die Lohnerhältnisse sind, geht schon daraus hervor, daß von Untertagsarbeitern haufenweise Ueberschichten beim Laden der Kotschiffe über Tage gemacht werden. Dabei bekommen die Hauer für diese Arbeit jage und schreibe 2,80—2,90 Mk. pro Schicht. Nach Ansicht der Wertverwaltung ist dieser Lohn hoch genug, bekommen doch die Kotschiffe bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit jage und schreibe 2,50 Mk. pro Schicht. Angewandt solcher miserabler Entlohnung wäre es Pflicht der Arbeiter unter Tage, durch Zusammenstoß im Bergarbeiter-verbande dafür zu sorgen, daß höhere Löhne gezahlt werden müßten.

**Kaufmannschacht (Rothensand).** Als ein sehr schneller und strenger Herr macht sich der Hülfssteiger Mähning bemerkbar; bestraft wird für jede Kleinigkeit. Wenn auch nur ein Arbeiter nach Ansicht dieses Herrn 3 bis 5 Minuten zu früh Schicht gemacht hat, flugs wird er mit 1 bis 1,20 Mk. bestraft. Dasselbe wird bei den Leuten vor Schiefarbeit versucht, wenn sie nach einem Schusse erst die Pulverberge abgeben lassen, wollen sich also nicht sofort in den heißen Dampf stürzen. Bei der schlechten Entlohnung werden die Arbeiter durch das Strapazieren doppelt schwer getroffen. Die Bergpolizeivorchriften dürfte Steiger Mähning auch besser beachten; z. B. passiert es oft, daß beim Schichtschluß ganz einfach dieser Herr, um nicht bis zum Schacht zu Fuß gehen zu müssen, ein Schienenholz zwischen die Achsen des letzten Wagens eines Herdzuges steckt und sich draufstellt. Wenn ein Arbeiter solche Kunststücke macht, „ja Hauer, das ist ganz was anderes“, würde es heißen. Die Leistung der Arbeiter kann diesen Herrn ebenfalls nicht befriedigen. Arbeit, die für drei bis vier Schichten ausreicht, wird den Arbeitern für eine Schicht zu leisten aufgegeben. Die Zimmerung ist in miserablen Zustände, besonders in den oberen Strecken, wo es an Raum für die Verge mangelt. Als Ursache dieses Uebelstandes kann man die verkehrte Abbaumethode, nämlich von vorn nach hinten und von unten nach oben, bezeichnen. Infolge dieses Abbaues stehen die Strecken meistens in alter Arbeit. Zum Ueberfluß sind oftmals die Strecken gegenüber dem Abbau um 5 bis 6 Felder gleich 8 bis 9 Meter zurück, was eine Erschwerung und Verdoppelung der Arbeit bedeutet. Wegen Förderung unreicher Kohlen wird natürlich auch leicht getraut, besonders von Tagesteiger Schmidt. Dieses geschieht, trotzdem eine äußerste Kontrolle der Kohlenzeichen besteht. Heute hat ein Schleppeur Wetzzeichen Nr. 15, morgen vielleicht Nr. 20 und übermorgen vielleicht Nr. 27 usw. vor ein- und demselben Flöz. Ob da bei dieser Straerei der wirkliche Sünder getroffen wird, ist mandamal fraglich. In der zweiten Abteilung langt auch kein Strafzettel, um monatlich die Sünder alle aufzunehmen, aus. werden doch bis zu 40 Mann und mehr mit dieser Wohlthat bedacht. Wie lange noch werden sich die Bergarbeiter eine solche Behandlung gefallen lassen?

**Schlesische Kohlen- und Gaseswerke (Egmondtschacht, 2. Abteilung).** Die Löhne auf diesem Werke sind bekanntlich die niedrigsten von ganzen Waidenburger Revier. Die Gebinde sind hier so gestellt, daß es auch dem tüchtigsten Arbeiter unmöglich ist, etwas zu verdienen; kommt es aber wirklich einmal vor, daß eine Kameradschaft etwas verdient, so wird ihm einfach der verdiente Lohn nicht ausgegabt. Die Arbeiter sind an diesen Zustand so gewöhnt, daß sie sich gar nicht mehr zur Wehr setzen. Wie es gemacht wird, beweist folgender Fall: Im August arbeitete eine Kameradschaft von fünf Mann im 38. Flöz vor einer Strecke. Die Kameradschaft, die aus tüchtigsten Leuten zusammengefezt war, hatte auch etwas über 4 Mk. verdient, am Lohn-tage erhielten sie jedoch nur 3,80 Mk. ausgegabt. Es war ihnen einfach für das Meter weniger gezahlt worden, als vereinbart war. Auch wer ihnen eine ganze Anzahl Kohlenwagen gezeichnet worden. Als sich die Arbeiter hierauf bei dem Abteilungssteiger Rudolf beschwerten und ihren rückständigen Lohn verlangten und mit Beschwerde drohten, beschämigte dieser die Arbeiter und versprach ihnen, mehr Abschlag anzuschreiben. Tatsächlich wurde auch den Arbeitern 2 1/2 Schicht mehr Abschlag geschrieben und ausgezahlt, als sie zu bekommen hatten. Am Lohn-tage wurde ihnen jedoch dieser mehr gezahlte Abschlag in Bezug gebracht. Die Arbeiter beschwerten sich hierauf beim Obersteiger, dieser versprach, sich um die Angelegenheit zu kümmern und die Sache ins reine zu bringen. Bis heute ist jedoch in der Sache nichts geschehen und die Arbeiter werden wohl auf ihren verdienten Lohn verzichten müssen. Zu dem Berggewerbegericht, das den Arbeitern zu ihrem Recht verhelfen könnte, haben dieselben kein Vertrauen. Wir sind neugierig, ob die Besche, die samt mit Verichtigungen immer schnell bei der Hand ist, auch diesen Fall berichtigen wird.

**Tiefbaukacht.** Durch die Einrichtung, nur mit einem Korbe die Menschenförderung zu betreiben, haben hier die Arbeiter das Vergnügen, schon seit Ende August alle Tage mindestens eine Viertelstunde länger im Loch bleiben zu müssen. Natürlich, Menschen sind keine Kohlen, was dabei zu berücksichtigen ist. Daß den Mittagsschichtlern, besonders denen, die weit zu laufen haben, diese Verzögerung kein Vergnügen macht, ist verständlich. Würde die Verwaltung das von reichstreuer Seite schon so oft gepriesene Arbeiterwohl im Auge haben, so hätte sie sich schon längst dazu beritten, die Arbeitszeit bei der Mittagsschicht von 2 bis 10 Uhr, nicht von 3 bis 11 1/2 Uhr, wie jetzt, festzusetzen. Würde um 10 Uhr Ausfahrt sein, so hätten die Arbeiter, die weit von der Grube weg wohnen, noch die Gelegenheit, die Straßenbahn zu benutzen, was heute unmöglich ist. Nicht genug, daß die Löhne immer geringer werden, das Strafwesen sorgt dafür, daß die Tazchen am Geld-tage noch leerer bleiben als bisher. Was da als Grund zur Weirtragung dienen muß, sollte man kaum für möglich halten. Am 12. September wurde revidiert, wer alles die Schichtmarke nicht mit in die Grube genommen hatte. Alle, die das Verbrechen begangen hatten, wurden bestraft. Zwei Tage darauf war es wieder ein Reizersteiger, dem die Aufgabe zugefallen war, zu kontrollieren, wer womöglich eine Minute zu zeitig Schicht gemacht hatte. Damit der Fang glückte, stellte der betreffende Beamte die Lampe in einen Wagen, damit auch kein Arbeiter das drohende Urheil schon vor weitem erkennen sollte. Daß der Füllort nicht mit einem Kasernenhof zu verwechseln ist, sollten auch die bei der Seilsahrt die Aufsicht führenden Beamten wissen, andernfalls kann man den dort üblichen Kasernenhofen nicht berücken.

**Wrangelschacht, 1. Abteilung.** Mit den Zuständen in dieser Abteilung haben wir uns schon in mehreren Nummern unserer Zeitung beschäftigt. In einigen Punkten hat auch unsere Kritik geholfen, besonders ist das Verhalten des Steigers Michalec gegenüber den Arbeitern ein besseres geworden. Trotz alledem sind jedoch noch Mißstände vorhanden. Besonders tritt der Holz-mangel in Erscheinung. Häufig müssen die Arbeiter die halbe Schicht warten und suchen, ehe sie das benötigte Holz zur Hand haben. Dies ist be-

sonders bei dem Verzugholz, bei den Schienhölzern usw. der Fall. Zu empfehlen wäre auch, daß die übertriebene Sparsamkeit in bezug auf Draht und Gefängengabel etwas nachlasse. Daß wir in der Arise leben, merkt man nur am Lohn der Arbeiter, nicht aber an der Kohlenförderung. Die Arbeiter können nie genug leisten. Eine große Un-lücke, wo leider mehr die Arbeiter-schaft, als die Verwaltung die Schuld trägt, sind die bestehenden Hauptgebäude. Die Arbeiter sollten doch endlich bald einmal einsehen, daß diese Gebäude nur einen Gradmesser für ihre Leistungen darstellen und zu ihrem Schaden erlenen sind. Das kleine Mehr, das hier und da einmal dabei verdient wird, wiegt den großen Schaden, der dadurch nicht nur dem einzelnen, sondern der ganzen Bergarbeiter-schaft zugefügt wird, nicht auf. Im übrigen hoffen wir, daß wir uns mit dieser Abteilung nicht so bald wieder beschäftigen brauchen.

**Lohnbrüderi und Profitmacherei in Niederschlesien.**

Die niederschlesischen Werkscherrn sind so arbeiterfreundliche Phil-anthropen; es schmerzt sie so unangeher, daß es den Vergleuten so schlecht geht und die guten Herren sind daher so aufrichtig besorgt um das Wohl ihrer lieben Arbeiter, daß sie sich Tag und Nacht die Köpfe zerbrechen, wie sie nur ihren Arbeitern Liebes und Gutes erweisen können. Und weil in ihren eigenen Köpfen die im Interesse des Arbeiterwohlstehende Gedankenarbeit noch nicht fruchtbar genug ist, legen sie sich für teures Geld noch einige phänomenale Denker zu. Und die Werkscherrn und ihre Denker sinnen und trachten nun Tag für Tag, wie man das Dasein des Arbeiters zu einem paradisiakchen Leben ausgestalten könne; und man ist da bei der Erfindung von Wohlthaten wirklich sehr fruchtbar. Mit Unternehmerragel stellt man sogenannte Arbeitersekretäre an, die dem armen Teufel Recht verschaffen gegen den Geldsack (siehe Kamerad, behalte dein ernstes Gesicht und lache nicht!). Ein halbes Hunderttausend Mark verausgabt man zur „Wohlfahrt“ der niederschlesischen Vergleute, indem man ihnen wöchentlich zweimal den „Feierabend“, das Organ des „Vereins zum Wohle der arbeitenden Klassen im Kreise Waidenburg“ und umliegenden Dörfer gratis verabsagt. Mit dieser schönen Gabe sucht man die Arbeiter vor der Unzufriedenheit und vor der „sozialdemokratischen Verhehlung“ zu bewahren. Die edlen Werkscherrn schließen sich sogar zusammen zu einem Arbeiterwohlfahrtsverein und fördern da in der aufopferndsten Weise das Wohl der arbeitenden Klassen. Den durchschlagendsten Erfolg hat man ja unjreitig durch die Anschaffung eines ungehörigen Ziegenbodens erzielt, der die Ziegen der unternehmer-treuen Fribalme um die Hälfte der sonst üblichen Gebühr mit Früh-lingsgeföhlen versorgt. Hervorzuheben ist noch, daß die gnädigen Frauen dieser gnädigen Herren einen „Waidenburger Frauenverein“ bilden, der zur Steinerung des Kinnergessens nächstens Wasserbüten a la Popelins unter die Arbeiterfrauen gratis verteilen wird. Man sieht, ein weiteres und wärmeres Herz für die Arbeiter kann man schlechterdings gar nicht mehr haben. Alle diese Wohlthaten kosten etliche Hunderttausende jährlich, was die niederschlesischen Vergleute eigentlich gar nicht wert sind, simulieren sie zum großen Teil undankbare und von der Sozialdemokratie verkehrte Menschen sind. Aber unsere Herren halten es mit dem lieben Herrgott in der Bibel, der ja auch über ge-rechte und ungerechte Menschen regnen läßt. Als gute Christen weiß bei ihnen die rechte Hand nicht, was die linke tut.

O, über die Uneigennützigkeit! Unsere Kameraden wissen von dieser Uneigennützigkeit der Arbeiterwohlfahrtscherrn ein Liedchen zu singen. Sie brauchen sich nur die Lohnbücher von einigen Jahren nach-zusehen und dann wissen sie sowohl die Arbeiterfreundlichkeit, als auch die Uneigennützigkeit der edlen Herren vollkaut zu würdigen. Trotz steigender Kohlenpreise und trotz steigender Lebensmittelpreise hat die Arbeiterwohlfahrt unsere Werkscherrn nicht abgehalten, die Löhne recht kräftig zu kürzen. Im vierten Quartal 1907 betrug der Durch-schnittslohn der niederschlesischen Vergleute 3,39 Mk.; bis zum zweiten Quartal 1910 verblieben ihn die Werkscherrn bis auf 3,10 Mk. herab. Das sind pro Schicht 20 Pf. und bei 300 Arbeitstagen 60 Mk., was der niederschlesische Bergmann im Vergleich zu 1907 weniger heimbrachte. In der letzten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ wird der Lohnaus-fall der niederschlesischen Kameraden seit Ende 1907 auf 2.534.682 Mk. berechnet. Diese Berechnung ist a u ß e r s t m ä ß i g; es sind darin die Feier-schichten noch gar nicht angedrechnet. Die Gesamtsumme des zu wenig ausgezahlten Lohnes beträgt über vier Millionen Mark und unsere arbeiterfreundlichen Werkscherrn haben nicht einmal die Entschuldigung, daß sie unter dem Druck des Wirtschaftens solche Lohn-brüderereien vornehmen müßten, denn die Kohlenpreise sind seit 1901 von 8 Mk. pro Tonne auf 10,67 Mk. am Jahres-schluß 1909 gestiegen; das sind pro Tonne 2,67 Mk. Auf die Arbeitsleistung jedes nieder-schlesischen Bergmanns umgerechnet, entfallen also allein durch die Preis-erhöhung der Kohle auf jeden Bergmann über 500 Mk. Bei durch-schnittlich 20.000 Vergleuten ergibt das für die letzten Jahre eine jähr-liche Wertminderung gegenüber 1901 von 13 Millionen Mark. Auf der Ferrerseite also ungeheure Mehrwert, auf der Arbeiterseite totale Lohnverluste! Eine nette Illustration zu der Arbeiterwohlfahrtlichkeit unserer Werkscherrn! Seit 1896 liegt allerdings der Lohn um 27 Pro-zent, die Kohlenpreise sind dagegen im gleichen Zeitraum um 55 Pro-zent gestiegen, währenddem die Lebensmittelpreise hier in Nieder-schlesien um 50 und 60 Prozent gestiegen sind.

Wir haben vor uns eine Statistik des Tarifrats der Buchdrucker, in der die Lebensmittelpreise in Waidenburg und Altwasser festgehalten sind für die Jahre 1901 und 1905. Danach betragen die Lebensmittelpreise pro Pfund:

	1901	1905	1910	Preissteigerung
Rindfleisch	90 Pf.	70 Pf.	90 Pf.	50 Proz.
Schweinefleisch	60 "	70 "	90 "	50 "
Kalbfleisch	60 "	70 "	100 "	60 "
Hammelfleisch	65 "	75 "	100 "	58 "
Roggenbrot	8 "	9 "	12 "	50 "
Butter	120 "	130 "	140 "	17 "

Dazu kommt u. a. eine Steigerung der Kaffeepreise um 30 Proz., der Meißpreise um 25 Proz., der wichtigsten übrigen Lebensmittelpreise um 20—40 Proz. Trotz der oben angeführten Lohnsteigerung seit 1896, der jedoch seit 1907 eine bedeutende Lohnbrüderi folgte, hat sich also der Lebenshaltung nicht gebessert, sondern ganz bedeutend verschlechtert. Man kauft mit den heutigen Löhnen um ein Fünftel weniger Lebens-mittel, als man mit den Löhnen der 90er Jahre kaufen konnte.

Die niederschlesischen Vergleute haben daher nicht so unecht, wenn sie auf die Wohlthaten der Werkscherrn pfeifen und statt Betschuppen einen zum Leben ausreichenden Anteil ihres Arbeitsvertrages ber-langen. Wenn die Werkscherrn 100.000 Mk. für angebliche Wohlthaten ausgeben, wenn sie Gustav E r m e r t und seine gleichgesinnten Kol-legen mit Ministergehältern besolden, wenn sie Zehntausende von Mark übrig haben für den Reichsverband zur Verkünderung der Arbeiter-bewegung, so geschieht das nicht aus irgendwelchem ethischen Antrieb, nicht aus Edelmut, nicht aus Uneigennützigkeit, sondern aus traftestem Eigennutz, der mit der widerlichsten Hundsfaul gepaart ist. Man hängt einfach Hunderttausende an die Verdummung und gegenseitige Ver-kehrung der Bergarbeiter und püppelt reichstreue Vereine und Arbeiter-vereine auf, in denen man diejenigen Arbeiter zusammenerröthert, die ihre wirklichen Arbeiterinteressen nicht einsehen gelernt haben. Und unsere Herren sagen sich: Lieber spenden wir 100.000 Mk. für „Wohl-taten“ und zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung, als daß wir einige Millionen Mark mehr Lohn zahlen. „Schenken Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein!“ Obendrein werden die Grubenherren dann noch als große Wohlthäter der Arbeiter gefeiert, bezahlte Leute und Tausende von einträchtigen Gimpeln neben ihnen den Heiligenschein der Arbeiterfreundlichkeit.

Indeßen, auch die Räume des Grubenkapitals und seiner bezahlten Arealuren wachsen nicht in den Himmel. Die Vergleute erwidern in Massen zur Einsicht und zur Erkenntnis, daß sie nur durch Einigkeit und durch Zusammenstoß in ihrer bergmännischen Berufsorganisation, dem Bergarbeiterverband, ihre Lage wirklich verbessern können. Wenn auch der reichstreue Gimpelsang einige Jahre die Köpfe verwirrt und den Geldsack der Unternehmer schütze, heute ist es alle mit der reichs-treuen Gerlichkeit. Nur durch den Trastenen Terrorismus einer Reihe von Beamten (viele sind dazu doch zu anständig) gelingt es, noch einige Hundert Männchen im reichstreuen Kasperketheater zusammenzuhalten. Auf der anderen Seite wächst die Arbeiterbewegung in Nieder-schlesien in der erfreulichsten Weise. Die fortgesetzten Lohnreduktionen



öffnen den Bergleuten die Augen. Seit Anfang 1910 verzeichnet der Bergarbeiterverband im Waidenburger Bergrevier über 1200 Unzufriedenheiten und die jetzt kommende Knappschichtwahl mit ihrer intensiven Agitation muß die Nützlichkeit unserer Kameraden diese Zahl verdoppeln. Die niedererschlichen Knappen müssen Sturm laufen gegen die reichstrenge Hungerpolitik. Die Bergleute können und wollen sich nicht zur Lebenshaltung des Arzters- und Wurzelschneiders Josef Lepelt herabdrücken lassen und die jetzt heranommende Hochkonjunktur muß die Kameraden mahnen, die Reihen ihrer Organisation zu füllen und die Scharten des letzten Jahres nicht auszuweichen. Mehr Einigkeit bringt es e h r v o t und die Einigkeit erfordert das Eintreten aller dieser lauen und gleichgültigen Kameraden in den großen deutschen Bergarbeiterverband!

**Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Brehm, Friedrich und Braun vor Gericht.**

Die verleumderischen Flugblätter der früheren Verbandsmitglieder Friedrich und Brehm in Bochum sollten am 4. Oktober den Gegenstand der Verhandlung am Bochumer Schöffengericht bilden. Friedrich und Brehm sowie der Bruder Braun waren von den Kameraden Sachse und Gorn verklagt. Die Sache Braun wurde verlagert, weil der „Wahrheitsbeweis“, den Friedrich und Brehm führen wollten, abgewartet werden soll. Aber auch die Klagen gegen Friedrich und Brehm konnten wieder mal nicht erledigt werden, weil diese ehrenwerten Leute gar keine Eile haben, ihre Verleumdungen zu beweisen! Im vorigen Termin war Friedrich ausgegeben worden, Zeugen für die von ihm aufgestellten Behauptungen, die er beweisen wollte, anzugeben, ebenso, über welche Punkte sie auszusagen sollten. Die Zeugen hatte nun Friedrich zwar angegeben, nicht aber, über was die Zeugen auszusagen sollten, so daß das Gericht daraufhin die Zeugen nicht geladen hatte. Der Beklagte begründete dies damit, daß er die einzelnen Punkte nicht angeben wolle, weil sonst die Gefahr bestünde, daß Sachse oder „seine Leute“ die Zeugen beeinflussten. Der Vorsitzende war ein sehr nachsichtiger Herr, nicht überall hätte Friedrich ein duzendmal in erregtem Tone solche Behauptungen, die den Vorwurf der Zeugenbeeinflussung und der Verleitung zum Meineide enthalten, aufstellen dürfen! Öffentlich sind das nächste Mal die Zeugen zur Stelle, damit den Schrah-schneidern, zu deren Ratgebern der als Zeuge erschienene zweite Vorsitzende des christlichen Gewerkschafts, Kühme, gehört, das Handwerk gelegt werden kann.

**Schlagwetterexplosion auf Zeche Friedrich Ernestine. Vier Bergleute tot!**

Auf Zeche Friedrich Ernestine ereignete sich am 6. d. M. nachm. in einem etwa 70 Meter hohen Aufbruchschacht der tiefsten, tiefsten Bau-schicht, der von Flöz Anna nach Flöz Katharina getrieben wird, eine Schlagwetterexplosion. In diesem Schacht arbeiteten nach den Berichten der Tagespresse drei Bergleute, die jedenfalls kurz vor der Explosion Sprengschäfte abgegeben hatten. Ob die Explosion dadurch hervorgerufen wurde, konnte nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden. Diejenigen, die Auskunft geben könnten, sind tot. Die Explosionen gerade bei Vorrichtungsarbeiten weisen eine recht große Zahl auf. Auch auf Raddob hatten vor der großen Katastrophe mehrere Explosionen in Stapelschächten stattgefunden. Wir können uns hierbei des Ein-bruchs nicht erwehren, daß die Sicherheitsvorkehrungen nicht immer in der nötigen Weise angewandt werden. Die Namen der Bergmännchen sind: Bergmann Johann Skant, Karl und Johann Lafer. Bei den Rettungsarbeiten ist das Mitglied der Rettungsgruppe der Zeche Rhein-Elbe Bergmann Korjarski getötet worden. Die Wetterführung war durch die Explosion gerührt worden und die Rettung gestaltete sich darum sehr schwierig.

**Zum Streikzusammenbruch auf der Zeche Prinz Regent.**

Uns wird geschrieben: In Nr. 81 der bergtechnischen Wochenschrift „Der Bergbau“ vom 4. August 1910 ist ein Artikel über den Streikzusammenbruch auf Zeche Prinz-Regent vom 12. Juli d. J. erschienen. Der Artikelfreiber J. S. erwähnt allerhand Nebenstände, welche angeblich den Streikbruch herbeiführt haben sollen, aber die Hauptsache erwähnt er nicht, wie weit nämlich der Bergwerksrat in dem Streik 1—3 Osten des Flöztes Finestra zurück war. Dieses ist meines Erachtens nach die Hauptsache, denn ich kenne die Verhältnisse auf den Deutsch-Lugemburger Zechen und weiß wie weit der Rat nach der Bergwerksrat in den einzelnen Streben zurücksteht. Man läßt den Leuten nicht so viel Zeit, daß sie die oberen Streben regelrecht beherrschen können und so in der Lage sind, den Bergwerksrat gleichzeitig nachzuführen zu können, sondern es heißt immer, Kohlen fördern. Der Hauer, der eigentlich die obere Strebe beherrschen soll, wird vielfach als Kohlenhauer in dem Streb verwanzt, damit der Steiger, dem vielfach das Soll zu hoch geschraubt wird, das Soll fördert. Will der Steiger sich nicht dem Degradieren oder sonstigen Unannehmlichkeiten aussetzen, als: Verfahren von Ueberstößen usw., so ist er gezwungen, den oben erwähnten Hauer sehr oft vor die Kohle zu legen, damit er das vorgeschriebene Quantum Kohlen fördert. Sogar der Betriebsführer bestimmt oft, daß sämtliche Kohlenhauer in den Streben untergebracht werden und Kohlen aus-tun sollen. Der Betriebsführer stellt das Soll auf, ohne sich vorher persönlich von dem Stand der Betriebe zu überzeugen. Alles Lamentieren der Steiger gegen das hohe Soll hilft nichts, es muß eben gefördert werden. So hat man zu meiner Zeit einem Steiger das Revier genommen, weil er zwei Monate das Soll nicht gefördert hatte. Das Revier wurde seinem Hilfssteiger übertragen, welcher noch viel weniger förderte und in dem Aufse hand, häufig in der Grube zu schlafen; dieser Beamte ging denn schließlich nach Amerika.

Den Beamten werden auch Förder- oder sogenannte Selbstkosten-prämien versprochen, auch eine Tabelle vorgelegt; macht dagegen der Beamte sich in irgend einer Weise unliebsam, d. h. fördert er sein Soll nicht, dann werden ihm unter Umständen die Prämien gestrichen. Bei einer Klage kommt nicht viel heraus; man kann so den Beamten in ein solch schlechtes Licht stellen, daß man sich fragt, weshalb man nicht schon längst einen derartigen unbrauchbaren Beamten entlassen hat. Das Prämienystem auf Deutsch-Lugemburg kann man eigentlich als Trutzgehilfen bezeichnen.

Der „Bergarbeiterfreund“ Inspektor Schleicher verlangt von den Leuten, daß ein Mann die einen ungenötiglichen großen Rauminhalt habenden Bergwagen über die bis oft 200 Meter langen wellenförmigen Abbaufreuden schleppt und dann entleert. Ich habe oft gesehen, daß drei Mann mitunter ihre ganze Kraft anwenden mußten, um die meißens schlecht oder gar nicht geschmierter Wagen über eine solche Strebe zu bringen. Unter zwei Mann brachte es keiner fertig. Außerdem wird verlangt, daß die Leute auch in den Flözen mit bekanntem schlechten Nebengestein das Holz räumen sollen.

Die Ursache des Streikbruchs ist nämlich der mangelhafte Bergwerksrat und dieser wieder wird bedingt durch das Soll- und Prämien-system. Da man nicht weiß, wie weit eigentlich der Bergwerksrat zurück war (vielleicht gibt uns ein Leier dießes des o.) und was für eine min-destens in den letzten 10 Metern abgesetzt keine Sicherheit gegen den Streik des Hangenden bieten — dieses wäre nur möglich, wenn der Bergwerksrat aus größeren Steinen bestanden hätte —, so ist es auch größere Länge der Strebe auslief. Das hier nicht allein der Geleins-sied im Liegenden die Hauptursache war, sondern der Druck des Hangenden, beweist die Tatsache, daß unter dem nicht verletzten Teile des Strebes größere Geleinsstücke in der Sohle der Grube lagen. Wenn die Sohle der Grube zünftig mit Eichenstümmen in Abständen von höchstens 1 Meter, die Zimmerungen verbohrt und verpreßt, auch der Streb abwärts abwärts verbohrt gewesen wäre, dann wäre der Streikzusammenbruch nicht vorgetreten, zumal der Geleinsblock in der Sohle bis zu dem angegebenen Höhen nicht durchgeschossen war.

Anschließend eines früheren Besuchs bei dem damaligen Obersteiger Eigenstod, welcher vorher Betriebsführer auf Zeche Prinz-Regent gewesen war, wie mir Herr Eigenstod, daß er bei seinem Eintritt auf Zeche Prinz-Regent die Streben 20 bis 40 Meter offen, d. h. ohne Bergwerksrat gelassen habe. Zufolgebessen hätte er das verlangte Soll nicht fördern können und mußte mit der Zeit weg. In etwa 2% der Fälle waren die Betriebsführer auf Zeche Prinz-Regent, nämlich Bergmann, Eigenstod, Reich und Bergfort; dieses läßt doch tief

1908 auf der Zeche Dannenbaum II im Revier des Steigers Trautmann, Flöz Aulse. Hier entstand der Streikbruch beim Schichtwechsel, sonst wären auch Arbeiter dahinter gewesen, welche wahrscheinlich nicht mehr hätten gerettet werden können, da überhaupt auch der Rüdweg das Hangende war herein gebrochen und man hat die untere Strebe nicht mehr aufgewältigt, sondern von einem Nebenflöz aus durch das Hangende eine Strebe bis zu dem Kohlenstöße getrieben. Der Streik entstand auch durch schlechten und schlechten Bergwerksrat, weil der Bergwerksrat in der oberen Strebe mehr als 20 Meter zurück war. Die Arbeiter sollten überhaupt in solchen Menschenfallen nicht arbeiten.

Kurz vor dem sogenannten Streikzusammenbruch auf Zeche Prinz-Regent wurden ebenfalls Leute auf Zeche Hasenwinkel ver-schüttet. Zeche Hasenwinkel gehört auch zu Deutsch-Lugemburg.

Alle diese Streikzusammenbrüche und Verschüttungen bei ein und derselben Gesellschaft müssen doch selbst einem Laien Anlaß zum Denken geben. Man muß sich nicht wundern, daß derartige Unglücksfälle bei Deutsch-Lugemburg vorkommen, sondern daß nicht noch mehr vorkommen. Früher brachten diese Streikzerreißer keine oder ganz geringe Dividenden und jetzt sogar 10 bis 11 Prozent. Die Bergbehörde muß besonders auf diese Sammlung der Deutsch-Lugemburger Arbeiter eine be-sonders scharfe Aufsicht ausüben, soll das Leben und die Gesundheit der Arbeiter geschützt werden.

Ich bin auch einer der Zechen aus der Sammlung der Deutsch-Lugemburger Arbeiter Grubenbeamter gewesen. Nie vorher hatte ich eine solche verkommen Grube gesehen. Die Streben lagen zu Arbeit bedürfte, um den Bergwerksrat wieder nachzuholen. Die Wetter-strecken lagen teilweise zu Bruch, viel zu geringer Querschnitt, eine Unmenge Kohlenstaub, Ansammlung von Schlamm, nicht genügender Verleisungswasser, ohne Erlaubnis abfallende Wetterführung, nicht genügende frische Wetterung usw., so daß eine Gruben-fahrt wirklich lebensgefährlich war. Mir standen die Haare zu Berge, weshalb ich mich schon am neunten Tage nach meinem Dienstantritt nach einer anderen Stelle meldete. Ferner herrschte auf der Zeche der chronische Holz-mangel.

Zurückkommend auf den Streikzusammenbruch auf Zeche Prinz-Regent, empfehle ich den Arbeitern, in keinem Streb zu arbeiten, in welchem der Bergwerksrat mehr als 2 bis 3 Meter, höchstens 4 Meter vom Arbeitsstöß entfernt ist. Es ist hierunter der vollständig nach oben hin abgeschlossene Bergwerksrat zu verstehen. Auch nicht gleich-gültig Holz rauben, denn hier entstehen ebenfalls viele Unfälle. Wet-tannlich entstehen da viele Unfälle; wo der Bergmann mit gutem Han-genden rechnet. Kein Arbeiter sollte in einer Strebe vor dem Streik arbeiten, wenn er keinen zweiten Ausweg hat, wie in dem Falle auf Zeche Prinz-Regent.

Ueberhaupt kann ich den Arbeitern und Beamten nicht dringend genug ans Herz legen, sich wohlweislich dreimal zu überlegen, ehe sie Arbeit bezw. Stellung auf einer der Zechen von Deutsch-Lugemburg annehmen, denn eine solche Treiberei wie dort geschieht doch nicht so leicht auf anderen Gruben. Dazu werden noch sehr schlechte Löhne und Gehälter gezahlt.

**Sicherheitsmänner seid auf dem Posten.**

Schon seit Jahren ist es ein offenes Geheimnis, daß die Wetter-lampen auf vielen Schachtanlagen in sehr schlechtem Zustande sind. Diegehende Artikel sind wohl schon in der „Bergarbeiter-Zeitung“ darüber geschrieben. Nachdem jetzt die Sicherheitsmänner gewählt sind und die-selben die Mängel zu beheben beginnen, versuchen es die Zechen-Verwaltungen, die Sicherheitsmänner bei den Verlegungsarbeiten mißlieblich zu machen. Revolviert nämlich der Sicherheitsmann die Gruben-lampe und stellt fest, daß selbige undicht ist, wird durch Aufschlag bekannt gemacht, daß die und die Arbeiter mit 2,50 bis 3 Mk. bestraft werden sind, weil der Sicherheitsmann ihre Lampen nicht in Ordnung gefunden hat. Auf diese Art und Weise sind auf Adolf von Hansemann circa 20 Bergarbeiter bestraft.

Abf. u. des § 42 der Bergpolizeiverordnung besagt allerdings fol-gendes: „Die Lampe muß mit Einrichtungen versehen sein, welche eine vollkommene dichte Verbindung der einzelnen Teile untereinander dauernd gewährleisten.“ Dafür steht aber auch im § 43: „Die Sicherheits-lampen sind von der Grubenverwaltung anzuschaffen, auszubehalten und in Stand zu halten.“ Die Frage, wer jetzt eigentlich bestraft werden mußte, ist wohl gar nicht schwer zu beantworten, denn auch die Grubenverwaltung hat die Verordnungen zu be-achten. Wir empfehlen jedoch, auch der Arbeiterschaft, bei Empfang-nahme der Lampen dieselben auf ihre Dichtigkeit zu prüfen. Auch die Schuld an allen anderen Strafen, die verhängt werden, sucht man den Sicherheitsmännern aufzuhalsen. Wie auf Adolf von Hansemann, so auch auf anderen Schachtanlagen. Nach unserem Dafürhalten versuchen es die Grubenverwaltungen, auf diese Art das Sicherheitsmännergesetz zur weißen Salbe zu machen. Selbstverständlich werden unsere Sicherheits-männer sich dadurch in der Ausübung ihrer Pflicht nicht beirren lassen, sondern auch auf dasjenige achten, wofür die Zechenverwaltungen selbst und direkt haftbar sind. Wir haben die Ueberzeugung, daß dann die Verwaltung humaner ist und nicht den Betriebsführer bestraft, weil der Sicherheitsmann etwas nicht in Ordnung gefunden hat. Durch Aufschlag wird das erst recht nicht bekannt gegeben. Es ist die höchste Zeit, daß die Bergarbeiter nicht mehr wie bisher für die Sünden der Werkbesitzer büßen, und dahingehend zu wirken ist. Sache der Sicherheitsmänner.

**Zur Knappschichtwahl im Bezirk Castrop**

wird uns geschrieben: „Die christlichen Strategen fahren niemals fest, meinstens dann nicht, wenn ihr Geschreibsel im „Bergknappen“ noch Sinn hat. Vor der Wahl hatten sie den Sieg schon in der Tasche; den Gewinnen ist das Wasser schon an der Kehle, hieß es. Jetzt sucht man nach tausend Gründen, um die Blamage zu verdecken. Die Berg-arbeiter lassen sich nicht länger am Narrenspiel des Gewerkschaftsziehen! Das beweist die Wahl in Castrop und den angrenzenden Ortschaften, welche wohl zu den festesten Zecheangewerkschaften gehörten. Im Jahre 1904 waren wir nicht einmal in der Lage in diesen Sprengeln überall Kandidaten aufzustellen und beteiligten uns daher zum Teil gar nicht an der Wahl. Nur im Sprengel 234 hatten wir offizielle Kandidaten aufgestellt und erhielten dieselben 19 Stimmen, der Gewerkschaften stieg mit 210 Stimmen; jetzt verlor er den Sprengel an die Polen, die damals 121 Stimmen aufbrachten und jetzt 269 Stimmen. Der Gewerkschaften erhielt diesmal nur 60, der Verband dagegen 171 Stimmen. Der Verband hat hier 152 Stimmen genommen, der Gewerkschaften 150 Stimmen verloren. Der Sprengel 195 in Obercastrop war bis jetzt im Besitz der Christlichen und hat mancher von diesen darüber gelacht, daß wir dort Kandidaten aufstellten. Nach der Wahl machten dieselben aber lange Weisheit, denn der Sprengel war für sie verloren. Der Verband hatte 223, die Christlichen und Zeche nur 100 Stimmen erhalten. Wehlich liegt es im Deininghauser Sprengel 88, welchen die Christlichen, Zeche und Polen (alle gingen hier zusammen) an uns verloren. In Mensede hatten sich ebenfalls die Polen mit vor den Zecheangewerkschaften spannen lassen. Trotzdem vermochten sie nicht, uns aus dem Sattel zu werfen. Einen erfreulichen Fortschritt oder richtiger Anfang haben wir auch in den Sprengeln Nr. 193, 194 und 197 zu verzeichnen. Diese drei Sprengel liegen direkt im schwarzen Castrop. Im Sprengel 194 waren wir den „Christlichen“ um 47 Stimmen, im Sprengel 147 um 44 Stimmen auf den Ferjen.

Das können wir den „Bergknappen“ Leuten versichern, daß sie in sechs Jahren von Castrop nicht viel wiederfinden, dann können sie sich auch hier auf die Trümmer setzen und meinen. Mit den niederträchtigen Mitteln haben die „Christlichen“ hier gewütet. Der christliche Vertrauens-mann Klumper hatte sogar neben andern in die Welt posant, unser Referent hatte, sei Montag morgens noch auf dem Zechebüro mit dem Weantem Neuhans zusammengesessen. Dies alles nur auf jeden Fall deshalb, um ihren eigenen Verrat an der Arbeiterschaft damit zu verdecken. Es hat ihnen nichts genügt, es geht vorwärts. Trotz und allem!

**Kampfesweise der „Christlichen“ in ihrer Hochburg**

In der Nacht von Freitag auf Samstag, den 17. September, ist von gegnerischer Hand ein anonymes Geschreibsel gegen unseren Veltstest-Beisitzer, Kameraden Janzen, an sämtlichen Telegraphenstangen von Feislingen angeklebt worden, welches von Verdächtigungen und persön-lichen Beleidigungen froste. Jetzt, nach dem blamablen Wahlsausfall, geht man zum Ueberflusse noch hin und macht unseren Feislingmann, Kameraden Agaz, dafür verantwortlich. Natürlich wird das nicht offen behauptet, sondern in ganz verheerter Form geht man damit hin-her. Wir möchten unseren „Christlichen“ Gruben raten, ihren Mund nicht zu

weit gehen zu lassen, denn wenn es aus Weisheit geht, knicken unsere Christen jedesmal zusammen. Als Beispiel diene nur der Fall Brühl, bei dessen Beurteilung auch ein wahres Indiarogerheul durch die christ-lichen Reichen ging, weil die Verbandskameraden es sich nicht gefallen lassen wollten, sich fortgesetzt von diesen Hintermännern verkleinert zu lassen. Im übrigen haben es schon eine ganze Anzahl Gewerkschaften-ameraden für richtig befunden, derartigen Ungehörlichkeiten den Rücken zu kehren und zum Verbands überzutreten. Dreierkel der hiesigen Verbandsmitglieder gehörten einst dem Gewerkschaft an. Jetzt haben circa 100 Mitglieder vom Gewerkschaft dem Verbands ihre Stimme gegeben. Auch diese werden es bald einsehen, wo ihre Interessen am besten vertreten werden.

**Zwei Urteile.**

Der „Gornik Polski“, das polnische Organ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, brachte in seiner Nr. 33 vom 24. September 1907 einen Artikel, betitelt:

„Auswürfe der Menschheit.“

Darin wurde u. a. ausgeführt:

„Wie immer, so auch jetzt dient als Gegenstand der sozialdemo-kratischen Angriffe unser Gewerkschaft, über den gewisse Sozial-demokraten solche Verleumdungen ausstreuen, deren nur völlig ver-tierte Auswürfe der menschlichen Gesellschaft fähig sind. Zu diesen muß man zweifellos einen gewissen Teil der Sozialdemokraten vom alten Verbands rechnen. ... Die Sträubigkeit an der „Bergarbeiter-Zeitung“ kennzeichnen sich immer mehr als Auswürfe der Menschheit. ... In-dividuen, die so verfahren, verdienen nichts anderes, als daß man ihnen gerabezu in die Schnauze spuckt.“

Um dem Redakteur des „Gornik Polski“, Alex. Wadner, Gelegen-heit zu geben, den Wahrheitsbeweis für seine maßlosen Beschimpfungen zu erbringen, erhob der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Wagner, Verleumdungsklage. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Essen am 21. 1. 1908 wurde dann durch das obliche Zeugnis der christl. Vorstandsältesten Schäfer und Dunfer erwiesen, daß alle Ausgaben der „Bergarbeiter-Zeitung“ über das arbeiterschädliche Treiben der christ-lichen Veltstest voll auf der Wahrheit enfsprachen und daß die un-erhöhten Angriffe des „Gornik Polski“ jeder Grundlage entbehrien. Unter ihrem Eid mußten die beiden christlichen Vorstandsältesten ein Bekenntnis ihrer Sünden ablegen. Der christliche Redakteur Alex. Wadner konnte auch nicht ein Wort zu seiner Verleumdung oder Ent-schuldigung anführen. Trotzdem fand er sehr milde Richter; er wurde zu nur 40 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Ein anderes Bild: In ihrer Nr. 25 vom 18. Juni 1910 hatte die „Bergarbeiter-Zeitung“ den christlichen Veltstestsekretär Christian Klost — das Dortmund-Zentrumsorgan „Trenonia“ nannte ihn den ge-fährlichsten Mann von Essen — einen dreisten Menschen und seine Verächtlichung den Gipfel der Dreistigkeit und Unwahrscheinlichkeit genannt. In ihrer Nr. 28 hatte die „Bergarbeiter-Zeitung“ kritisiert, daß auf dem Reichsbureau der christlichen Gewerkschaften in Essen ein Noturs an das Reichsversicherungsamt verbummelt worden war, wodurch ein armer unfallverletzter Arbeiter seiner Ansprüche verlustig ging und schwer geschädigt wurde. Klost fandte der „Bergarbeiter-Zeitung“ eine Verächtlichung, worin das bestritten wurde. Hieran knüpfte die „Berg-arbeiter-Zeitung“ die obigen Bemerkungen, worauf Klost zum Kadi lief. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Essen am 7. Oktober stellte sich dann heraus, daß der Noturs auf dem Reichsbureau der christlichen Gewerkschaften verbummelt worden war. Der Noturs war entfallen, weil die beiden Bureau in der Notursausfertigung direkt nebeneinander liegen. Der „Bergarbeiter-Zeitung“ war das unbekannt; sie ist lediglich ein Opfer eines Irrtums des unfallverletzten und durch das katholische Volksbureau geschädigten Arbeiters geworden. Das alles wurde am Gericht festgestellt. Der-selbe Richter aber — Amtsdirektor Krobe —, der den Redakteur Alex. Wadner zu der nach Lage der Sache außerordentlich milden Strafe von 40 Mk. verurteilte, verurteilte unseren Kameraden Wagner zu der nach Lage der Verhältnisse sehr harten Strafe von 150 Mark und Tragung der Kosten.

Eine weitere Kritik dieser Urteile erübrigt sich, sie sprechen für sich. Die Zentrumspresse sucht natürlich den Fall nach Kräften aus-zuschlachten, verschweigt aber dabei, daß der Noturs auf dem Reichs-bureau des katholischen Volksvereins verbummelt wurde. Zentrumsakt!

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**

**Berggewerbegerichtswahl am 22. Oktober 1910 im Wurmrevier.**

Auf Grund der §§ 1 und 82 des Gewerbeberichts-gesetzes ist für die auf Steintohlengruben im Wurmrevier bezirk beschäftigten Arbeiter ein Berg-gewerbegericht errichtet. Sein Sitz ist in Wachen. Die Verhandlungen finden im Knappschichtgebäude in Waidenberg statt. Die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern entstehenden Differenzen, in Bezug auf das Lohn- und Arbeitsverhältnis sollen vor dem Berggewerbegericht aus-getragen werden. Das Berggewerbegericht ist zusammengesetzt aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, wovon der eine Vertreter der Arbeiter, der andere Vertreter der Werkbesitzer ist. Am Samstag den 22. Oktober sollen sechs Beisitzer als Vertreter der Arbeiter gewählt werden.

Anna und Wilhelmshacht wählen zwei Beisitzer. Die Untsdauer des einen dauert bis 1912, die des andern bis 1915. Maria I und Katerwehacht wählen zwei Beisitzer, Untsdauer bis 1915. Nordstern, Alexander und Helene wählen einen Beisitzer, Untsdauer bis 1915. Rämpchen, Lanerweg, Langenberg, Vocart und Karl Friedrich wählen einen Beisitzer, Untsdauer bis 1912.

Die Wahl erfolgt am Samstag den 22. Oktober, nachmittags, auf jeder der oben genannten Zechen. Mit Ausnahme Langenberg; die Arbeiter von Langenberg werden auf Lanerweg wählen. (?) Stimmgelert für die Kandidaten des Bergarbeiterverbandes werden an den Wahllokale ausgegeben.

Wahlberechtigt ist jeder Arbeiter — ober- oder unterirdisch beschäftigt — welcher das 25. Lebensjahr am Tage der Wahl vollendet hat. Wer wahlberechtigt ist und am Tage der Wahl nicht in der Wachs-liste steht, den muß der Wahlvorsteher bei der Wahl in der Liste ein-tragen und ihn sein Wahlrecht ausüben lassen.

Der Bergarbeiterverband hat folgende Kandidaten aufgestellt:

- Anna: Johann Kürz, Wilsdorf.
- Wilhelmshacht: Wilhelm Gerken, Wachen.
- Maria (Hauptshacht): Christian Küsters, Duffesheide.
- (Reserve): Leonhard Stopp, Wachen.
- Nordstern: Heinrich Grouls, Bierstraß.
- Alexander: Helene.
- Lanerweg: Langenberg.
- Rämpchen: Josef Übels, Köhlsheld.
- Vocart: Karl Friedrich.

Kameraden, bereitet die Wahl gut vor, agitiert, daß nur diese Kameraden gewählt werden. Folgt dem Beispiel der Kameraden im Ruhrrevier.

**Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippen.**

**Sinnverbranntheiten der Schaumburg-Lippischen Landes-Zeitung.**

Es ist wirklich oft habnebüchen, welcher Unjinn in der Kreisblatt-presse der Landbevölkerung aufgetischt wird. Hat da die „Schaumburg-Lippische Landeszeitung“ am 1. Oktober einen Artikel verbrochen, in dem sie — Leser halte dich fest — allen Ernstes, die am 25. September in Heidbrint stattgefundenen Bergarbeiterkonferenzen mit der einge-bildeten Revolution in Wobbit in Verbindung bringt. Die Rech-der freien Gewerkschaften komme nur der Sozialdemokratie zugute. Durch unausgesetzte Agitation halten die freien Gewerkschaften, ange-blich im wirtschaftlichen Interesse der Massen, dieselben fortgesetzt in Bewegung. Das sei das Vorzeichen der Sozialdemokratie, der Führer, auf den die Massen anbeizen. Diese Tätigkeit verdiene die Bezeichnung: Hebe. Die grenzenlose Enttäuschung der Massen be-ginne mit der Tributpflicht gegenüber Gewerkschaft und — roter Partei. Dreimal wehe über den Vermittler, der es wagt, sich abseits zu halten. Mit glühendem Drobldia (hul) starrt ihn der Mittel Terrorismus an. So läßt sich denn das Mitglied der freien Gewerkschaften willenlos gängeln, in Streits und Strawalle setzen und Folgen wie in Wobbit bleiben nur selten aus.

**Kampfesweise der „Christlichen“ in ihrer Hochburg**

In der Nacht von Freitag auf Samstag, den 17. September, ist von gegnerischer Hand ein anonymes Geschreibsel gegen unseren Veltstest-Beisitzer, Kameraden Janzen, an sämtlichen Telegraphenstangen von Feislingen angeklebt worden, welches von Verdächtigungen und persön-lichen Beleidigungen froste. Jetzt, nach dem blamablen Wahlsausfall, geht man zum Ueberflusse noch hin und macht unseren Feislingmann, Kameraden Agaz, dafür verantwortlich. Natürlich wird das nicht offen behauptet, sondern in ganz verheerter Form geht man damit hin-her. Wir möchten unseren „Christlichen“ Gruben raten, ihren Mund nicht zu

**Kampfesweise der „Christlichen“ in ihrer Hochburg**

In der Nacht von Freitag auf Samstag, den 17. September, ist von gegnerischer Hand ein anonymes Geschreibsel gegen unseren Veltstest-Beisitzer, Kameraden Janzen, an sämtlichen Telegraphenstangen von Feislingen angeklebt worden, welches von Verdächtigungen und persön-lichen Beleidigungen froste. Jetzt, nach dem blamablen Wahlsausfall, geht man zum Ueberflusse noch hin und macht unseren Feislingmann, Kameraden Agaz, dafür verantwortlich. Natürlich wird das nicht offen behauptet, sondern in ganz verheerter Form geht man damit hin-her. Wir möchten unseren „Christlichen“ Gruben raten, ihren Mund nicht zu

**Kampfesweise der „Christlichen“ in ihrer Hochburg**

In der Nacht von Freitag auf Samstag, den 17. September, ist von gegnerischer Hand ein anonymes Geschreibsel gegen unseren Veltstest-Beisitzer, Kameraden Janzen, an sämtlichen Telegraphenstangen von Feislingen angeklebt worden, welches von Verdächtigungen und persön-lichen Beleidigungen froste. Jetzt, nach dem blamablen Wahlsausfall, geht man zum Ueberflusse noch hin und macht unseren Feislingmann, Kameraden Agaz, dafür verantwortlich. Natürlich wird das nicht offen behauptet, sondern in ganz verheerter Form geht man damit hin-her. Wir möchten unseren „Christlichen“ Gruben raten, ihren Mund nicht zu

*In ganz häßlicher Streikzusammenbruch entstand im Sommer*



Sowohl Behauptungen, sowohl Hirnverbranntheiten. Solches Zeug ist zwar eine Kritik nicht wert, aber wir wollten auch den Lesern den Spaß nicht verderben und geben deshalb das Zeug zu ihrer Erheiterung in kurzen Sätzen wieder.

Einige Sätze bringt das Blatt auch aus dem Konferenzbericht der Viefelder „Volkswacht“ und meint dazu: „Auf diese Weise wird unseren Arbeitern die Meinung beigebracht, alles Seil komme von der Sozialdemokratie.“

Am Schlusse schreibt dann der Goldschreiber der „Sch.-L. Landeszeitung“ in Klammern: „Siehe auch unter Schaumburg-Lippe und Nachbarschaft.“

Der Arbeiter merkt es auch! Was nützt euch eine Lohnaufbesserung, ihr dürft nicht allzu sehr auf das irdische Brot sehen.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Mansfelder Beamtenwirtschaft.

In unserem unter dieser Ueberschrift kürzlich gebrachten Artikel erwähnten wir auch eine Klage, die der Betriebsführer der gewerkschaftlichen Wäderei, Fahrreiger Grunewald, gegen einen Wädergesellen angestrengt, weil dieser behauptet hatte, Grunewald hätte sich unbescheiden Brot angeeignet.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Eine geschlossene Front von schwarzen und gelben Arbeiterfeinden

wird der Bergarbeiterverband bei dem am 13. November d. J. stattfindenden niedererschleischen Knappschafswahlen gegen sich haben. Es wäre nicht so, wenn wir die Interessen der Bergarbeiterschaft vernachlässigen und verraten würden; dann hätten wir die Freundschaft aller unserer Gegner haben.

Das Bündnis unserer Gegner ist vollendete Tatsache; seit fast drei Jahren wurde es vorbereitet. Zuerst waren nur die Reichstreuen die geliebten Schokoladen des Grubenkapitals, und es kam eine Zeit, wo die braven schwarzen Schächler noch als wirkliche Gegner des Unternehmers angesehen wurden.

werden, daß die katholischen Knappschafsteiler vielmehr ebenso treue Streikbrechergerarden sind, wie die Reichstreuen. Vor zwei Jahren hat eine Konferenz der katholischen Knappschafsteiler sogar beschlossen, den Reichstreuen und den Firschen ein Kompromiß zu den nächsten Knappschafswahlen anzubieten und vor so viel Liebe und Freundschaft mühten schließlich auch Herr Reindorf und die übrigen bergbaulichen Herren kapitulieren, zumal ja unterdessen der katholische Knappschafsteiler Josef Leppelt durch seine vegetarischen Klagenbeweise bewiesen hatte, daß man auch als katholischer Knappschafsteiler ganz gut die Freundschaft des Grubenkapitals verdienen kann.

Seitdem sind die Schwarzen und die Gelben bei jeder Gelegenheit in eine Schlanglinie eingerückt. Bei den Knappschafswahlen so wohl als auch bei den Sicherheitsmännerwahlen waren die zwei Herrschaften — oder noch besser gesagt: Herrschaften — gar nicht von einander zu erkennen.

Wir haben ja bei den verschiedenen Gelegenheiten, zumal bei den Sicherheitsmännerwahlen, den unerbitterten Terrorismus der Reichstreuer Beamten kennen gelernt; wir geben gern zu, daß die größere Hälfte der Beamten doch ein viel zu gut entwickeltes Reinstillheitsgefühl besitzt, um sich mit der reichstreuen Antipielgarbe zu identifizieren.

In unseren Kameraden in allen Sprüngelein liegt es, durch gute Vorbereitung des Wahltages den Sieg an die Fahne des Bergarbeiterverbandes zu besten. Mag sich auch alles gegen uns verbinden, um uns niederzureißen, wir müssen doch siegen.

„Hörst du der Eulen wüst Geschrei? So wisse, die Mitternacht ist vorbei! Aus Angst, daß bald der Morgen tagt! Sie heulen und ächzen, aufgesetzt.“

Saargebiet und Reichslande.

„Genosse Heinrich“

beginnt sich nicht allein damit, dem allerchristlichsten „Zechenknappen“ gefälschte Briefe zu liefern; sondern er schreibt auch denjenigen Zentrumsblättern, die zur Untergrabung aller Sitten und Moral, zur Schwächung des wahren Christentums ihre Spalten öffnen, total falsche erfundene Berichte, legt diese Blätter herein, daß Bischof Bettinger von ihnen viel richtiger sagen würde: „Wir Katholiken müssen lügen.“

Süddeutschland.

Ein weiblicher Verhandlungsleiter.

Nachdem es Frau Varnikel und seinen Hausknechten nicht gelungen ist, den Bergarbeiterverband in Marienfeld mit Stumpf und Stiel auszurotten, hat sich nun eine leibhaftige Frau an diese Aufgabe herangemacht. Es ist dies die holde Fee des neugebauten Fahrhauers Kreuzer.

Lohnbewegungen und Streiks.

Friede in der Metallindustrie.

Die Werftarbeiter haben den an anderer Stelle mitgeteilten Vergleichsvorschlägen in ihrer Mehrheit zugestimmt. Damit ist der fast neunwöchige Streik auf den Hamburger Werften und die siebenwöchige Aussperrung auf den übrigen Werften beendet und der Friede in der Metallindustrie hergestellt.

Differenzen auf dem Kaliwerk Aller-Nordstern bei Rethem (Aller).

Wie schon berichtet, bestehen hier wegen fortgesetzter Maßregelung organisierter Arbeiter Differenzen. Der Betriebsverwaltung ist jede Organisation der Arbeiter ein Dorn im Auge und sucht sie dieselbe durch Gründung eines reichstreuen Bergmannsvereins mit Beamtenleitung, indem die Zufriedenheit unter den Bergarbeitern in Reinkultur gezeugt werden sollte.

heit auch nicht mehr nützte, und immer mehr Bergarbeiter sich der Organisation anschlossen, griff man zu Maßregelungen der Vertrauensleute. Aber immer wieder fanden sich opferwillige Kameraden, die die Leitung der Zählstelle in die Hand nahmen. Man glaubte die Verwaltung einen lächerlichen Griff tun zu müssen und kündigte der gesamten Ortsverwaltung der Zählstelle und als die Verwaltung zu diesen Kündigungen Stellung nehmen wollte, wurden acht Mann sofort ohne Kündigung auf Pfahle gerufen. Das Empfindliche dabei ist noch, daß die Verwaltung nicht einmal den Mut findet, den Arbeitern die Wahrheit zu sagen, sondern ihr Vorgehen mit allerhand Ausflüchten zu beschönigen versucht.

So hat sich denn hier eine ganze Welt gegen die Arbeiter in diesem Kampfe verschlossen. Es handelt sich aber für die Arbeiter um die Verteidigung ihres gesetzlichen Rechtes in einer der dunkelsten Ecken Deutschlands und sie werden mit aller Energie dieses ihr Recht verteidigen und versuchen, es zur Anerkennung zu bringen.

S. A. Mag Gärtnert, Hannover, Wahrenwalderstr. 54 B. H. II.

Gewerkschaft Aller-Nordstern in Räten, Polizei hilft!

Zuerst glaubte die Verwaltung wie ja bekannt, man brauche nur den starken Mann zu markieren und eine Anzahl Verbandsmitglieder aufs Pfahle werfen, dann würde sie schon Ruhe haben. Als sie sich aber hierin getäuscht sah und die Verwaltung deutlich zu verstehen gab, daß man sich das so ohne Weiteres nicht gefallen lassen wollte, na, dann taten die Herren so, als ob sie die Arbeiter wagnersweise auf Lager hätten, die sie nur immer anzupacken brauchten.

Nachtrag zur August-Abrechnung.

Bezirk Mürs: Asberg 172,10 (11), Hochtraß 491,00 (61), Hochheide 359,70 (43), Hornberg 211,85 (8,25), Lintfort 48 (3), Meerbeck 522,80 (83), Mürs 635,15 (59,75), Nepteln 50,15 (10,25), Schwafheim 44,40 (7,50), [Zust 48,45 (8,25)], Wagn 16 Mt.



